

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Wochenschrift 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonabend, den 13. August 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das Kalisyndikat.

Das bedeutendste Ereignis der letzten Zeit auf dem Gebiete des Kartellwesens ist der Neubeschluss des Kalisyndikats-Vertrages.
Noch zu Anfang dieses Jahres wurde das Zustandekommen des neuen Syndikats selbst in den beteiligten Kreisen für fast unmöglich gehalten.

Die Kali-Industrie ist ein verhältnismäßig junges Gebilde der deutschen Produktion. Im Jahre 1882 bestanden erst sechs Kalibetriebe mit 3558 Arbeitern und einer Produktion von 1.201.400 Tonnen, die einen Werth von 11.673.000 M. repräsentirte.

Die Erzeugnisse der Beteiligten wurden zunächst in vier Gruppen eingetheilt: Gruppe I umfasst Erzeugnisse mit mehr als 48 pCt. an reinem Kali, Gruppe II solche mit mehr als 18-48 pCt., Gruppe III nicht-jarnhaltige Rohsalze mit einem Kaligehalt von 12,4-18 pCt., endlich Gruppe IV Carnallialsalze.

Table with 4 columns (I, II, III, IV) and 10 rows of production data for various regions like Breda, Danzig, etc.

Gernach scheint auch noch die braunschweigische Regierung dem Kalisyndikat beizutreten zu wollen, da sie mit ihrem staatlichen Kalilager in die Gewerkschaft Affe eintritt und dafür die Hälfte Anteil erhält.

Das nunmehr abgeschlossene Kalisyndikat fordert aber seitens des Sozialismus ganz besonders deswegen die eingehendste Beachtung, weil bei ihm zum ersten Male in Deutschland der Fall eingetreten ist, daß der Staat als solcher den Präzedenzfall geschaffen hat.

zu Gunsten der Landwirtschaft festzusetzen, so weit nicht die Selbstkostenpreise hierfür eine Mindestgrenze vorschreiben.
Das die Rücksicht auf die Landwirtschaft die preussische Regierung veranlaßt hat, ein Bestimmungsrecht für die Preisregulierung einer Waare zu statuieren, das kam uns nicht hindern, den Fortschritt festzuhalten, der durch diese Klausel in dem Verhältnis der Staatsgewalt den Kartellen gegenüber gemacht wird.

In der Öffentlichkeit ist diese Stellungnahme des Staates zu einem inneweilig beträchtlichen Industriezweige, wie der Kali-Industrie, bisher ziemlich unbeachtet geblieben.
Die bürgerliche Presse ist sich der Tragweite der neuen Vertragsklausel bei Abschluß des Kalisyndikats noch gar nicht bewußt geworden.

Politische Uebersicht.

Internationales aus der 'Kreuz-Zeitung'.
In einem Artikel des königstreuen Blattes findet sich die folgende Stelle:

Es ist eine bekannte Thatsache, daß in Europa nur wenige Länder von Dynastien regiert werden, welche im Lande selbst ihren Ursprung haben.
Die Hohenzollern sind ein deutsches Geschlecht, aber sie stammen nicht aus Preußen.

Hätte ein anderes Blatt als die 'Kreuz-Zeitung' dies veröffentlicht, so könnte man da fast einen verdeckten Angriff auf die geheiligte Institution der Monarchie herauslesen.

Die 'Kreuz-Zeitung' hätte übrigens ihre Liste gut verlängern können. Wir wollen ihr noch einige Beiträge hierzu liefern.
Außer in Belgien regieren auch in Portugal und Bulgarien Sachsen-Noburger, in Großbritannien und Irland Hannoveraner, in Luxemburg Nassauer, in Rumänien Hohenzollern, in China Tartaren.

Der Abstammung nach nationale Dynastien giebt es nur wenige. Ja, fast keine Gruppe von Menschen ist so international als gerade die Kronenträger.

Internationale Solidarität. Die Executive des Verbandes der polnischen Zweige der sozialistischen Arbeiterpartei in den Vereinigten Staaten sendet uns ein langes, überaus herzlich geschriebenes Glückwunschschreiben zu unseren Erfolgen bei den letzten Reichstagswahlen.

Ueber die preussische Verwaltungspolitik erzählte Herr Biemann dem Dr. Kleiser, dem früheren Herausgeber der 'Westf. Ztg.': Was mir als Hauptgebrechen der jetzigen preussischen Verwaltung erscheint, ist die beständige Verletzung der Verwaltungsstellen nach politischen Grundsätzen. Der

alte preussische Landrath, der seinen Posten bis an sein Lebensende bekleidete, und der Preußen stark gemacht hat, ist ausgestorben.
Die Landrathsstellen befinden sich heute bereits zur Mehrzahl in den Händen junger politischer Streber, die sie als eine möglichst kurze Durchgangsstation zu höheren Posten betrachten.

Diese Auslassungen deuten sich, wie die 'Voss. Zeitung' richtig bemerkt, mit der Bismarck'schen Charakteristik der konservativen Partei.

Zur Revision der Arbeiterversicherungs-Gesetze theilen heute die 'Berl. Pol. Nachr.' mit, daß dem Reichstage in seiner nächsten Sitzung und zwar womöglich bald nach ihrem Beginne die Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz zugehen wird.

Herrn Bueck, dem Generalsekretär des Verbandes deutscher Industrieller, wird zum 1. Oktober eine Ehrung der deutschen Großunternehmer bereitet werden.
Anlaß hierzu ist, daß Herr Bueck an diesem Tage sein 25. Arbeitsjahr im Dienste der 'Industrie' beendete.

Die Preussische Zentral-Genossenschaftskasse setzt den Zinssatz vom 1. Oktober 1898 bis zum 31. März 1899 auf 4 pCt. für Vorschüsse und auf 3 pCt. für Einlagen fest.

Die Preussische Zentral-Genossenschaftskasse setzt den Zinssatz vom 1. Oktober 1898 bis zum 31. März 1899 auf 4 pCt. für Vorschüsse und auf 3 pCt. für Einlagen fest.
Das ist ein Ereignis, das den Agrariern scharf in die Krone fahren wird; denn nicht nur hat die agrarische 'Bunnen-Genossenschaft', wie der Finanzminister von Miquel die Zentral-Genossenschaftskasse getauft hat, durch diese Herabsetzung ihren Werth als Institut für ausnahmeweise billigen Kredit verloren, es wird auch die agrarische Behauptung widerlegt, als ob es möglich wäre, den Zinssatz für ländlichen Kredit noch den Wünschen der Landwirtschaft regulieren zu können.

Vom Bunde der Landwirthe. Wie wir zuverlässig hören, hat der Kaiser seine Mißbilligung über die Wahl des Freiherrn v. Wangenheim zum ersten Bundesvorsitzenden ausgesprochen.
Dies mag vielleicht dazu führen, daß ihm im Wahlkreise Pritz von gubernemental-konservativer Seite noch ein Gegenkandidat entgegengestellt wird.

Dr. Kross theilt uns mit, daß er so wie stets seine Vorlesungen an der Universität angezeigt hat und daß die Meldung der 'Staatsbürger-Zeitung' einfach erfunden ist.

Erfurt, 11. August. (Sig. Ver.) Die Anwendung des Verordnungsparagrafen auf den Inhabereith einer Zeitung verurtheilt der 'Vorwärts' in vorgelegter Nummer im Anschluß an den betreffenden Prozeß des 'Hamburger Echo' mit der dortigen Bäderinnung.
Ob es richtig ist, die Verordnungsparagrafen für den Annoncenstellen in Bausch und Bogen zu verwerfen, möge ein in diesen Tagen hier in Erfurt vorgekommener Fall lehren: Wie es hier an einem eigentlichen selbstbewußten Bürgerthum fehlt, so auch an guten bürgerlichen Zeitungen.



Blinde einrichtet. Gleich sind sich beide darin, daß sie mit Vorliebe die tollsten und abernsten Schweinburgaden über die Sozialdemokratie abdrucken. An hiesigen Partei- und Gewerkschaftsverhältnissen dagegen verbrennen sie sich redaktionell nicht gern die Finger. Statt dessen geben sie lieber ihren Lesern Anteil, besonders bei gewerkschaftlichen Kämpfen, zu den verlogeneren Anpöbelungen der Arbeiter seitens der Arbeitgeber u. s. w. her. Wollten nun die Angegriffenen darauf auf denselben Wege durch bezahlte Annoncen antworten, so verweigerte man ihnen die Aufnahme derselben. Die Galatäen stehen uns nur zu natten Versammlungs-Ankündigungen zur Verfügung; unser Blatt, die „Tribüne“ aber wird natürlich in den breiten Spiegeltreihen ersucht nicht genügend gelesen. Als nun kürzlich in dem Vorpostenscharmügel des jetzigen Vierkrieges, das schon einen Boykott abnen ließ und bei dem es deshalb auf die Gewinnung der bürgerlichen Kreise für die Sache der Arbeiter ankam, die „Tribüne“ für die kämpfenden Arbeiter eintrat, brachten beide Zeitungen wieder diesen Annoncen mit der Ueberschrift: „Die Tribüne auf dem Trappfuß“, in denen die „Tribüne“ in verlogener und gehässiger Weise angegriffen wurde. Da den Bräuern eine bezahlte Annonce bereits zurückgewiesen war, gab es für die „Tribüne“ nunmehr kein anderes Mittel als das gesetzliche: sie ließ durch ihren Rechtsanwalt unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes eine Verurteilung bei beiden Zeitungen einreichen, die vom „Anzeiger“ sofort anstandslos aufgenommen, von der „Tribüne“ aber unter Berufung auf eine Reichsgerichts-Entscheidung (das Oberlandesgericht ist dafür zuständig) abgelehnt wurde. Um nun eine prinzipielle Entscheidung in der Frage herbeizuführen und außerdem den bürgerlichen Blättern das isopale und bequeme Mittel, ihre Angriffe und Beschäftigungen ungehindert im Annoncentheil abladen zu können, zu nehmen, ist von der Redaktion der „Tribüne“ gegen die der „Tribüne“ die Klage anhängig gemacht worden.

**Barndorf (Hannover).** Auch der hiesige, etwa 140 Mitglieder zählende Kriegerverein hat vom Landrat die Aufforderung bekommen, die „reichsfeindlichen“ Mitglieder aus dem Verein auszuscheiden. Es sollen solche Leute, wie dem Herrn Landrat aus bester Quelle mitgeteilt worden, im Verein sein. Wenn der Aufforderung nicht innerhalb 14 Tagen nachgekommen wird, sollen die Fahne und die Statuten eingezogen werden. Der Verein befindet sich in einiger Verlegenheit. Er besitzt nahezu 8000 M. Vermögen. Einen etwaigen Ausschluß würden die Betroffenen sich nicht so ohne Weiteres gefallen lassen. Ob man an maßgebender Stelle nicht einsehen, daß alle diese Maßnahmen nur Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie sind? —

**Thum.** („Chem. Beobachter.“) Ein Malex, der schon längere Zeit in Chemnitz arbeitet, aber hier wohnt, gehört dem Militärverein an. Für die Organisation und für die Sozialdemokratie ist er bisher nicht zu haben gewesen, da er nur aller acht oder vierzehn Tage nach Thum kommt. Er bezug seine Frau ist Mitglied des Produkten-Verteilungsvereins. Laut Beschluß der Militärvereins-Versammlung wird er nun zum 15. dieses Monats aus dem Militärverein ausgeschlossen, wenn er dann noch Mitglied des Verteilungsvereins ist. Aber nicht nur ihn, sondern noch 86 weitere Leute, die Militärvereins-Mitglieder sind, trifft der Ausschluß, wenn sie noch länger dem Verteilungsverein angehören. Letzterer soll nämlich auch Sozialdemokraten zu Mitgliedern haben. Nun, wir glauben nicht, daß die Arbeiter so leicht auf die Vorhelle, die ihnen der Baarenverteilungsverein bietet, verzichtet werden. Sie werden diesem Verein treu bleiben und die Vorteile des gemeinsamen Baarenbezuges auch ferner verfolgen.

**Das bayerische Justizministerium** hat, wie die „Münchener Post“ hört, bekannt gemacht, daß der Richter fortan, wenn ein Angeklagter freigesprochen und der Staatskasse die Erstattung der dem Angeklagten erwachsenen Reisekosten und des sonstigen Aufwandes aufgelegt worden ist, nach der Verurteilung des Urtheils den Staatsanwalt und den Angeklagten zu befragen hat, ob sie auf Rechtsmittel verzichten. Geschieht letzteres, so ist der Freigesprochene zu befragen, ob er sofortige Auszahlung seiner Auslagen verlange. Weicht derselbe hierauf, so ist der Betrag sofort festzusetzen und auszuführen. Die Festsetzung und Auszahlung geschieht nach Maßgabe der Grundzüge, die für Zeugen und Sachverständige gelten. Ein ähnliches Verfahren ist einzuschlagen, wenn ein verurteilter Angeklagter (im Vorverfahren) außer Verfolgung gesetzt wird. Es werden ihm dann die Auslagen für die Reise in die Heimath, event. auch an einen anderen Ort, vergütet.

Dieser Entschluß des Justizministeriums ist durch folgenden Vorfall veranlaßt, den seinerzeit unser Münchener Bruderorgan bekannt machte. Der Handschuhmacher Konrad Schornbaum in Hildesheim war beschuldigt, am 21. Juni 1897 in einem Hause an der Reibhausstraße in München einen Eimer im Werthe von 1,20 M. gestohlen zu haben und wurde schließlich, trotzdem er nachweisen konnte, daß er zur besagten Zeit gar nicht in München war, sondern in Düsseldorf in Arbeit stand, in Hildesheim verhaftet und per Schuld zur angelegten Hauptverhandlung nach München gebracht. Er befand sich 14 Tage lang auf dem Transport und hatte während dieser Zeit die empfindlichste Behandlung zu erdulden. In München angekommen, sah er noch volle acht Tage im Arrest, bis er endlich zur Verhandlung vorgeführt und schon nach Vernehmung der ersten beiden Zeugen freigesprochen werden mußte, da zur Evidenz bewiesen war, daß er nicht der verurtheilte Thäter sein konnte.

Schornbaum war frei. Er hatte aber keinen Pfennig Geld, da er in den Arbeitskleidern aus dem Gefängnis weggeholt und ohne weiteres verhaftet worden war. Er verlangte deshalb, daß das Gericht den ihm zugefügten Schaden ersetzen und ihm wenigstens die Mittel zur Rückfahrt nach Hildesheim gewähren möge. Der Richter verwies den Bedrängten mit seinem Anspruch an die Polizei und die Polizei empfahl Schornbaum, die öffentliche Armenpflege anzurufen. Dafür bedankte sich jedoch der Mann und suchte Zuflucht und Hilfe bei der „Münchener Post“. Ein Redakteur unseres Bruderorgans begab sich mit Schornbaum zum Justizministerium. Auch dort versicherte man mit Bedauern, daß man für Schornbaum momentan gar nichts thun könne. Er mußte, wie die Sache nun einmal liege, erst ein Gesuch um Gewährung einer Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft und Ersatz der Reisekosten nach Hildesheim einreichen, dann erfolge die Entschädigung der Armen, mehrfache Prüfung und endlich nach Verlauf von so und so viel Wochen die Vertheilung der Angelegenheit. Darauf sollte Schornbaum aber nicht warten und darum sei es am besten, er suche bei der Armenpflege um die Rückbeförderung nach Hildesheim nach. Nach entsprechender Entgegnungen des Redakteurs ging schließlich der Wunsch des betreffenden Herrn Ober-Richterungsrates dahin, daß sich jemand finden möge, der dem Mann auf sein ehrliches Gesicht eine Summe Geld vorstreckt, bis sein Entschädigungsbesuch an das Justizministerium, das ja wohl von Erfolg sein werde, erledigt sei. Die verhasste „Münchener Post“ und ihre nahestehenden Freunde haben natürlich das Nötige gethan, um dem armen Opfer der Justiz über die nächste Zeit hinweg zu helfen.

**Aus Baden, 10. August.** (Eig. Ver.) Die nationalliberale und die Zentrumspresse des „Musterlandes“ sieht gegenwärtig einen Streit aus, der eigentlich ein Streit um ein ungelegtes Ei ist, der aber trotzdem interessant, weil es sich dabei um die Frage handelt, ob das badische Zentrum nun endlich den Degen strecken und Regierungspartei werden wird, wie es das Zentrum im übrigen Deutschland ist. Das ungelegte Ei bei diesem Streit ist die künftige Stellung, welche der neugetählte Erzbischof von Freiburg, Rörber, zur Regierung einnehmen wird. Bader, der Zentrumsführer und temperamentvolle Bekämpfer des Ministeriums Eisenlohr, dessen größtes Verbrechen in den Augen der Nationalliberalen seine neutrale Haltung in der kaiserlichen Reichstags-Entscheidung, die „Auslieferung“ der Residenz an die Sozialdemokratie war, dieser Bader rerkennnt den neuen Erzbischof für sich. Herr Rörber hat nun aber eine Rede gehalten, in der er sich als „un-

beschriebenes Blatt“ bezeichnete, und aus der die Eisenlohr-Presse heraussagen will, der neue Erzbischof gehöre der Vender'schen, d. h. mehr regierungsfreundlichen Richtung an, die bei den Wahlen ein Zusammengehen zwischen Zentrum und den „Ordnungsparteien“ gewünscht hätte. Herr Rörber ist offenbar ein sehr feiner Kopf und schlauer Priester, der sich hüten wird, in seiner ersten Rede ein Programm zu entwickeln und mehr zu sagen, als schöne Nebensarten. Es ist nicht unmöglich, daß das Blatt, das heute der neue Erzbischof als unbefrieden bezeichnet, sich wenden wird, und dann wird man sehen, daß es doch beschriebenes ist, so oder so. Auf jeden Fall aber hat die überauswächtige Freude, mit der die Nationalliberalen Rörber's Rede aufnahmen, gezeigt, wie man in Regierungskreisen geradezu bremst, um in der südwestlichen Ecke Deutschlands den letzten Nib, der noch in deutschen Gauen zwischen einer Regierung und dem Zentrum laßt, zu überkleistern, und daß man bereit ist, vieles zu vergeffen, um mit vereinten Kräften den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen. Uns wäre eine möglichst rasche Entwicklung dieser Dinge am liebsten. Denn daß sie kommen wird, früher oder später, darüber läßt sich nicht bezweifeln, ebenso wenig als darüber, daß wir in letzter Linie unseren Kampf nicht mehr mit dem Nationalliberalismus, sondern mit dem Zentrum anzufechten haben werden.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Aus Zürich in Bayern wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Einer Demagogie wegen Majestätsbeleidigung ist der Maurermeister Stolz von Stenzenheim zum Opfer gefallen. Er soll im Sommer vorigen Jahres im Wirthshause beleidigende Worte gegen Mitglieder des bayerischen Königshauses gebraucht haben, die von einem Steinmetz aus Nade, weil Stolz ihn wegen Nichtarbeitens an einem Montage angezeigt hatte, kürzlich weiter kolportiert wurden und so zur Kenntniz der Behörde gelangten. Obgleich der Angeklagte seine Unschuld behauptete, wurde er doch zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt.

**Oesterreich.**  
**Lemberg, 12. August.** Wie verlautet, soll der Ausnahmezustand in ganz Galizien Ende dieses Monats aufgehoben werden.

**Schweiz.**  
**Zürich, 10. August.** (Eig. Ver.) In Sachen der Ausweisung des Genossen Vergnanini durch die Genfer Regierung richtete de Amicis an den Ausgewiesenen ein Schreiben, das die Kunde durch die sozialistische und einen Theil der bürgerlichen Presse macht und welches lautet:

„Lieber Vergnanini! Ist möglich? Du, mein braver und lieber Freund, angeklagt der Verunstaltung, der Unordnung und der Gewalt, verdächtig, ein Unruhstörer zu sein gegenüber einem Lande, das Dir Gastfreundschaft gewährt, von dem Du mir schreibst und nicht sprichst mit so viel Achtung und Sympathie. Du, der durch Wort und Beispiel nie etwas anderes gepredigt hast als Mühsigkeit und Achtung vor den Gesezen. Ich habe Mühe, den Zeilen zu glauben, die ich soeben lese. Ich bitte Dich, mich freis auf dem Laufenden zu erhalten. Wenn auch die Drohung wahr sein sollte, so kann ich nie glauben, daß sie ausgeführt wird. Ein Volk, dessen Weisheit nicht durch die Leidenschaft getrübt ist, das milde in seinem Wesen und Freund der Gerechtigkeit nach seiner Ueberlieferung, wird sich der Wahrheit nicht verschließen können. Und auf alle Fälle, wie sehr liegt diese Wahrheit am Tage!

In dieser Hoffnung spreche ich Dir meine besten Wünsche aus und verhoffe Dich meiner aufrichtigsten Jünelung.

Dein freis ergebener  
Campiglia, Cerna Vicella 24. Luglio 1898.

Mit recht erblich in diesem Schreiben ein Blatt eine moralische Ohrfeige für die Genfer Regierung.

**Zürich, 11. August.** (Eig. Ver.) Auf die vom Bundesrath den italienischen Kritikern den verlorren antindischen Italien ertheilten Warnung antworten nun die Redakteure der „Italia Nuova“ in einem längern offenen Briefe an den Bundespräsidenten Ruffi, der aber in der Politik ungefähr die gleichen Grundzüge vertritt, wie der ziemlich unvortheilhaft belannte Drog, der Vater der Bundesantivallenschaft und der politischen Polizei, sie z. B. als Bundesrath betätigt hat. In dem Briefe wird zuerst hervorgehoben, daß die Zeitungs-Presse mit bestimmter, sagen wir perferider Absicht das bundesrathliche Warnungsschreiben veröffentlichte und ihm zur weitesten Verbreitung verhalf und daß darin die Ursache zu dem offenen Briefe liegt, die keineswegs im Drange zu einer Entschuldigung oder in der Furcht vor der angeführten Ausweisung zu erblicken sei. „Wir wissen, daß auch in anderen Ländern außerhalb der schönen helvetischen Republik, die Sonne der Freiheit leuchtet und wir haben somit keinen Grund wieder zur Reue noch zur Nothhaftigkeit.“ Es werden dann die Schandthaten des Mailänder Kriegsgerichts kritisch beleuchtet und die das ganze Jahr hindurch von der forrumwirren italienischen Repräsentanten gegen die Schweiz, ihre republikanischen Einrichtungen und Behörden verübten Verleumdungen erwähnt. Diese Presse sammt ihren Hintermännern und Antzeigern werde der republikanischen Schweiz für die Anhebung der Blutschuld nicht dankbar sein. Der offene Brief schließt: „Mit großem Schmerz und weil wir die Mäner und die Zustände unserer Heimath kennen, wagen wir es, in diesem Sinne an Euch zu schreiben. Wir hagen für das Land, das uns beherbergt, und für die Institutionen, welche uns schützen, eine solche Jünelung, daß sie nur durch die Gefühle, welche wir für unser eigenes Vaterland haben, aufgewogen werden kann.“ — Ein demokratisches Blatt bemerkt zu der Angelegenheit: „Wenn sich in Italien, was doch sicher zu erwarten, einmal das Wort gewendet haben wird, darüber die alsdann dort Regierenden sich wirklich unsere heutige „Neutralität“ als musterquältig anerkennen, die mehr das Gegentheil von Sympathie darin finden und dementsprechend sich zu uns stellen.“

In der „Verner Tagwacht“ wird eine Warnung vor den Antrieben der italienischen Polizeipisgeln in der Schweiz erlassen. Eine genaue Lektüre des italienischen fogenannten „anarchistischen“ Organs „L'agitatore“ in Neuenburg hat uns munterlich überzeugt, daß dieser „Agitatore“ sein ehrliches anarchisches Blatt ist, sondern ein Spigelorgan, ein Organ des italienischen Konsulats, ein Blatt der Santoro und Basso (ersterer Polizeikommissär, der 4. la Wohlgenuth in der Schweiz „lustig darauf los wälzt“, letzterer der italienische Generalconsul in Genf). Man lese den „L'agitatore“, die ekelhaft perfiden und verlogenen Insinuationen und unwürdigen Anklagen gegen unsere braven Genossen Vergnanini und die „Union Sozialista“. Man lese den übrigen Inhalt, und jeder, wenn er auch nicht, wie wir, die enge Verchwämmerung der Anarchisten und des Spigelthums seit 25 Jahren kennen gelernt hat, wird ausrufen: „So können nur Spigel schreiben!“ Der preussische Kera Bismarck-Quittamer-Wohlgenuth der 80er Jahre scheint eine italienische Kera Umberto-Passo-Santoro der 90er Jahre nachfolgen zu wollen. Und der Bundesrath duldet alle diese Spigel-„Agenten“, diese Waff und ihre Spigelorgane, während man gegen ehrliche Leute, wie Vergnanini u. s. w. mit inhumaner Rigorosität vorgeht.“ Das Solothurner Volk hat durch Annahme eines begünstigten Gesezes den Jahresgehalt seiner Minister von 3000 auf 4000 Fr. erhöht. Ein Theil der Uhrenarbeiter stimmte dagegen, weil sie seinerzeit beim Genferer Streit mit der Haltung der Regierung sehr unzufrieden waren.

**Frankreich.**

**Paris, 12. August.** Die Antikamler fällt heute die Entscheidung über die von Verulus getroffene Verfügung, gegen Esterhazy und Madame Wahs Anklage zu erheben. Das Urtheil lautet dahin, daß dieselben nicht vor die Geschworenen verwiesen werden könnten, sondern sofort in Freiheit zu setzen seien. Also ein neuer „Sieg“ des Generalstabs! —

**England.**

**London, 12. August.** Die Session des Parlaments wurde heute Nachmittag mit einer Thronrede vertagt, in

der es zunächst heißt: „Meine Beziehungen zu den anderen Mächten sind fortwährend freundliche. Mit tiefster Befürmerung habe ich die Feindseligkeiten zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten wahrgenommen, zwei Nationen, mit welchen mein Reich durch die vielen Bande der Jünelung und der Ueberlieferung verbunden ist. Die vor kurzem eröffneten Verhandlungen geben guten Grund zu der Hoffnung, daß dieser besonnenen Kampf rasch durch den Abschluß eines ehrenvollen, dauerhaften Friedens zu Ende gebracht werde. Die Veränderungen, welche in den territorialen Beziehungen anderer Mächte zu dem chinesischen Reich stattgefunden haben, veranlaßten mich, Vereinbarungen abzuschließen, nach welchem der Hafen Weihaiwei und gewisse an meine Kolonie Hongkong anstoßende Territorien mit von dem Kaiser von China verpachtet wurden. Ich hoffe, daß diese Vereinbarungen zu der Aufrechterhaltung seiner Unabhängigkeit und der Sicherheit seines Reiches führen und der Entwicklung eines ausgedehnten Handels zwischen den Völkern Großbritanniens und China's förderlich sein werden.“

Die Thronrede erwähnt alsdann die Nennung Theffaliens im Gemächheit der von England, Rußland und Frankreich geleisteten Garantie für die griechische Kriegsschiffungs-Antleihe und bekräftigt die mit Frankreich abgeschlossene Ueberlieferung betr. Westafrika, durch welche die frichtigen Fragen über die territorialen und Handelsrechte endgültig beigelegt werden. Solange die Ratifikation durch die französischen Kammern noch aussteht, seien die Beamten beider Regierungen angewiesen worden, ihre Okkupationsfähigkeit auf diejenigen Plätze und Gebiete zu beschränken, welche nach der Ueberlieferung als ihrem Lande zugehörig anerkannt seien. Die Thronrede dankt schließlich dem Unterhaufe für die weitgehenden Verwilligungen zur Vertheidigung des Reiches und bemerkt dazu, die verlangten Opfer seien schwere, aber nicht größer, als die Anforderungen der gegenwärtigen Zeit erfordern.

**London, 11. August. Unterhaus.** Herburgh fragt an, ob es wahr sei, daß die chinesische Regierung ihre formelle Zustimmung zu den von Pawloff hinsichtlich der Kutschung-Vagn gestellten Bedingungen gegeben; nämlich, daß der Vagnkörper nicht als hypothekarische Sicherheit verpfändet werde, keine fremde Kontrolle oder Einmischung irgend welcher Art gestattet werden dürfe, selbst im Falle, daß die Bedingungen nicht erfüllt würden, und ob endlich jene Bedingungen den Bestimmungen des unterzeichneten Kontrastes widersprechen. Der Erste Lord des Schages Valfour erwidert, die Thatfachen seien richtig. Die Regierung verfolge die von Herburgh erwähnte Angelegenheit mit erster Aufmerksamkeit. (Weiß.)

**London, 12. August. Unterhaus.** Bolton fragt an, ob die Regierung ihren Einfluß in Bezug geltend machen wolle, um die Ratifizierung der Koncession für die Veling-Hartan-Eisenbahn zu gunsten fremder Regierungen oder Syndikate zu verhindern, und ob die Regierung behufs Sicherung der Neutralisierung dieser Bahn ihren von durch die chinesische Regierung erleichtert und nötigendfalls eine Antleihe für dieselbe garantiren wolle. Der Erste Lord des Schages Valfour erwidert, er könne die verlangte Jünelung nicht machen. Bowles fragt an, ob die Regierung, wenn die von französischen oder belgischen Syndikaten bereits erworbenen Eisenbahn-Koncessionen im Hangse-Thole von englischen Kapitalisten angekauft und angekauft würden, diese Gesellschaften unterstützen werde. Valfour erklärt, jedes legitime Handelsunternehmen in China werde seitens der Regierung Unterstützung erhalten. Darauf wird die dritte Lesung der Appropriationsbill angenommen.

**Ein britisches Kabel um die Erde.** Ueber die Legung eines ganz-britischen Kabels um die Erde haben in der letzten Zeit mehrere vertrauliche Unterredungen in London stattgefunden. Eine Konferenz wurde zwischen den australischen Premierministern über die Angelegenheit abgehalten. Eine andere fand zwischen dem Generalpostmeister von Canada, dem Oberkommissar der Dominion, und verschiedenen australischen Generalagenten statt. Die beiden Konferenzen möchten wohl nicht ohne Zusammenhang mit einander stehen. Der Bericht der Londoner Kommission, die 1896 tagte, hat noch niemals das Licht der Sonne erblickt. Das Schweigen ist merkwürdig. Im letzten Jahre theilte der Kolonialminister Chamberlain den verammelten Premierministern der Kolonien mit, daß eine vereinigte Aktion der Kolonien in der Angelegenheit der britischen Regierung höchst genehm sein würde. 1894 hatte Kanada den ersten Schritt gethan. Auf der Konferenz in Ottawa erklärte es sich bereit, den dritten Theil der Kosten des Kabels zu tragen. Mehr als einmal wollte Australien gleichfalls ein Drittel garantiren. Was hindert denn also weiteres? Es heißt, daß Canada, obgleich es kein Anerbieten nicht zurückgezogen hat, dennoch seine Haltung modifiziert hat. Das Australische Parlament ist vielleicht gegenwärtig nicht willens, ein Drittel der Kosten des ganz-britischen Kabels zu bewilligen. Es wäre schade, meint man in London. Ein ganz-britisches Kabel wäre aus australischer wie aus Reichsgründen wünschenswerth. Etwas ist sicher. Wenn sich die britischen Kolonien nicht vereinigt der Sache annehmen, wird nichts geschehen. In der britischen Regierung hat der Plan keine Freunde. Wie aber die Gesamtregierung des Reiches die Sache gegenwärtig anschaut, weiß niemand.

**Italien.**

**Milano, 9. August.** (Eig. Ver.) Der sozialistische Abgeordnete Gregorio Agnini, Vertreter des Wahlkreises Mirandola, hielt sich dieser Tage der Staatsanwaltschaft von Finale Emilia, um die Gefängnisstrafe zu verbüßen, zu welcher er im Jahre 1894, unter Ehren-Grips's Herrschaft, infolge der Auflösung der Sozialistenvereine von Finale verurtheilt wurde. Er war zu vier Monaten verurtheilt, aber auf Grund der erfolgten Amnestie sind sie auf zwei reduziert worden. Das Urtheil konnte erst jetzt vollstreckt werden, da es in der Zwischenzeit sämtliche Instanzen beschäftigt hatte. Nach Artikel 46 der Verfassung durfte Agnini nach dem Schluß der Session noch einen Strafausschub von drei Wochen beantragen. Von diesem, einem jeden Deputirten gewährtesten Rechte wollte Agnini denn auch Gebrauch machen. Er begab sich persönlich zum Justizminister und ließ ihn wissen, daß er nicht daran denke, ins Ausland zu fliehen, sondern sich jederzeit der Behörde zur Verfügung stelle; nur müsse er um Strafausschub bitten, da er noch persönliche Angelegenheiten zu erledigen habe. Der Ausschub wurde ihm jedoch nicht Erwarren und ohne jede Berechtigung verweigert. Um sich nun nicht auf offener Strafe verhaften zu lassen, — der Staatsanwalt hatte ihm die Verhaftung bereits in Aussicht gestellt —, zog er es vor, freiwillig das Gefängniß aufzusuchen. Der Fall Agnini und die damit verknüpfte eklantante Verfassungsverletzung beweist aufs neue, daß für die italienischen Sozialisten der Kampf um Recht gegenwärtig völlig auswärts ist.

**Rußland.**

**Arbeiterversicherung.** Der „Sofel. Ztg.“ zufolge gedenkt der russische Minister der Landwirtschaft, Jermolow, im Herbst dem Reichsrath ein Projekt betreffs der staatlichen Versicherung der im Bergwerksbetriebe befindlichen Arbeiter vorzulegen. Jetzt hat er einen Beamten nach Deutschland und Oesterreich entsandt, um über die Geschäftsführung der dortigen Versicherungsanstalten der Montanarbeiter Material zu sammeln. Die Jermolow'schen Pläne haben von Hause aus viel weiter gereicht: Jermolow hätte namentlich auch gern alle in der landwirtschaftlichen Industrie beschäftigten Arbeiter versicherungspflichtig gemacht, aber von vornherein zeigten sich die zu überwindenden Schwierigkeiten als zu groß. Das Finanzministerium verfiel sich unbedingt ablehnend, da in Rußland noch alle statistischen Grundelegen fehlen, um eine umfassende Arbeiterversicherung ins Leben zu rufen, und auch die großen landwirtschaftlichen Vereine sprachen sich überwiegend dahin aus, daß die Frage noch nicht spruchreif sei und überhaupt nicht spruchreif werden würde. So hat sich denn Herr Jermolow entschlossen, sein zuerst einheitlich gedachtes Werk nicht weiter durchzuführen; er will, wenn er Ende August von seiner sibirischen Reise zurückkehrt, selbst die Direktiven geben, wie die inzwischen zu sammelnden Materialien zu verarbeiten sind.



# Bulgarien.

**Sofia, 12. August.** Im Vilajet Adrianopel gewinnen die Grenzstreitigkeiten immer weiteren Umfang. Die Bewohner der bulgarischen Grenzorte werden von den türkischen Grenztruppen an der Einbringung der Ernte verhindert und zur Abfuhr eines Zehnten zu zwingen gesucht. Im Falle der Erfolglosigkeit der bulgarischen Reklamationen wird den bulgarischen Grenztruppen Ordre zum Einschreiten gegeben werden.

# Affien.

**Von der Teilung China's.** Einer Nachricht des „Bureau Dolzel“ aus Shanghai zufolge erlangte Frankreich von der chinesischen Regierung, daß ihm Kantai in Pacht für 25 Jahre und ferner das Recht zugesprochen wird, seine Kriegsschiffe in den chinesischen Staatsgewässern von Jussien auszubessern.

**Vom Eisenbahnkrieg in China.** Aus Peking wird telegraphisch: Durch kaiserliches Edikt wird die belgische Anleihe für den Bau der Peking-Hankau-Bahn ungeachtet der Einsprüche des britischen Gesandten, endgültig genehmigt.

Wie die „Times“ vom gestrigen Tage aus Peking melden, überfandte der belgische Gesandte am Mittwoch dem Tsung-li-Yamen eine Mitteilung des Inhaltes, daß der russische und der französische Gesandte gemeinsam mit ihm das Tsung-li-Yamen dringend ersuchen, den Versuch des britischen Gesandten, die Ratifikation des Vertrages betr. die Peking-Hankau-Bahn zu verhindern, unbeachtet zu lassen.

**Japan in Finanznöthen.** Das nächste Finanzjahr weist ein Defizit von 50 Millionen Yen (über 20 Millionen Reichsmark) auf. Dabei leidet das Land schwer unter einer furchtbaren ökonomischen Krisis.

# Afrika.

**Aus Abyssinien.** Aus Rom erhält die „Int. Corr.“ folgende Mitteilungen: Die italienische Regierung hat aus Abyssinien neuerdings sehr ausführliche Berichte über die Vorgänge in den südlichen Grenzländern erhalten, welche erkennen lassen, daß die Unternehmungen des Grafen Leontiew und des Prinzen Heinrich von Orleans keineswegs so ergebnislos geblieben sind, als man augenblicklich in Europa anzunehmen scheint. Es ist unzweifelhaft, daß Menelik den beiden ein sehr ausgedehntes Gebiet in aller Form zur Kolonisation überwiesen hat, woraus sich im Falle einer tatsächlichen Kolonisierung wirkliche Hoheitsrechte über das Land ableiten lassen würden. Die Rechte sind aber aus keinemwegs dem Prinzen und Leontiew nur persönlich übertragen, sondern sie können von einer zu bildenden Gesellschaft übernommen werden. Das bezeichnete Gebiet umfaßt die Gebirge und einen großen Teil des früheren Landes von Emin Pascha bis an den Khango-See. Die Kolonisationsfähigkeit dieses Landes steht außer Zweifel, sobald die Jungensprossen gesichert sind und der begonnene Bahnbau von Harar nach Tibiti beendet sein wird. Das Wohlwollen der jetzigen Expedition ist nach den Berichten von Augenzeugen tatsächlich nur durch die Verwundung Leontiew's durch einen Pfeilschuß seiner mitgebrachten Wundkräuter verschuldet und falls Leontiew nicht wieder hergestellt wird, so dürfte voraussichtlich die russische Regierung das begonnene Kolonisationswerk weiter führen lassen.

Eine andere wichtige Meldung ist, daß das von Ras Makomen eroberte Land Beni-Lonol, welches etwa 1200 Kilometer von Harar entfernt ist, reiche Goldfelder besitzt. Der Ras ist vor etwa vier Wochen persönlich in Harar eingetroffen und brachte große Mengen goldhaltiger Erze mit. Es hat sich daraufhin sofort eine französische Gesellschaft gebildet, welche von Ras Makomen das Monopol zur Ausbeutung der Minenschätze des Landes erworben will.

**Aus dem Kongostaat** wird nach Brüssel gemeldet, daß ein am 25. Mai von Madag. am Nil abgegangenes Boot, als es am Ufer anlegen wollte, von einer Kolonosidras-Abteilung der Derwische mit Gewehrfeuer empfangen wurde. Das Boot hatte vier Europäer an Bord. Zwei derselben, die Leutenants Walhosen und Koppelman, waren in den Nil und ertranken. Von den beiden anderen wurde einer getötet, der andere schwer verwundet.

# Partei-Nachrichten.

**Die Einberufung und Vorbereitung** des nächsten Internationalen Kongresses ist durch Beschluß des Londoner Kongresses in die Hände des Bureau gelegt worden, welches die Verhandlungen des Londoner Kongresses zu leiten hatte, und in welchem die verschiedenen Nationalitäten vertreten sind.

Da infolge der Unmöglichkeit, den nächsten Kongress in Deutschland abzuhalten, die Organisation des nächsten Kongresses den französischen Genossen zufällt, so ist es wohl von Interesse, die betreffenden Genossen zu kennen. Wie man sich erinnern wird, fand unter den französischen Delegierten des letzten Kongresses eine Spaltung statt, und um zu verhindern, daß die Minorität aus dem Kongress sich entfernte, wurde der Beschluß gefaßt, beide Fraktionen anzuerkennen und ihnen auch bei der Vertretung im Bureau gleiche Rechte zuzugestehen. So kam es denn, daß die Franzosen im Bureau doppelt vertreten sind, durch je zwei Mitglieder für jede der beiden Fraktionen. Diese Mitglieder sind für die eine Fraktion: Edward Bailant und Guerdard, für die andere Millerand und Pedron. Mit den Vertretern beider Fraktionen haben sich die zwei deutschen Vertreter: Singer und Liebke in Verbindung gesetzt, und im Namen der deutschen Partei die Versicherung erteilt, daß deutscherseits den französischen Brüdern in jeder Weise bei den Vorbereitungsarbeiten Beistand und Unterstützung gewährt werden wird.

Eine vorbereitende Konferenz, an der sämtliche Bureau-Mitglieder teil nehmen werden, ist für den Herbst oder Winter nächsten Jahres in Aussicht genommen.

Wir können zum Schluß noch die Mitteilung machen, daß das mit der Organisation des nächsten Kongresses betraute Bureau des Londoner Kongresses, dem Beschluß jenes Kongresses entsprechend, alle Maßregeln treffen wird, welche notwendig sind, um unbefugte Elemente, welche Verleumdung sie auch immer wählen mögen, vom nächsten Kongress fernzuhalten, und ähnlichen Maßregeln, wie sie frühere Kongresse verhängt haben, erfolgreich vorzubringen.

**Einen Mißgeschick-Entwurf** soll die sozialdemokratische Fraktion dem Reichstag in der nächsten Session vorlegen. Dessen Vorschlag macht Genosse Kayen Stein in der „Neuen Zeit“. Der Vorschlag ist gut, — so gut, daß er schon vor Jahren von unserer Reichstags-Fraktion befolgt worden ist, und zwar 1894, nachdem Vaillant seinen — auch von Kayen Stein erwähnten — Entwurf in der französischen Kammer eingebracht hatte. Die sozialdemokratische Fraktion war aber der Ansicht, daß es ohne Beihilfe militärischer Sachverständiger nicht möglich sei, einen irgendwie praktisch brauchbaren Entwurf anzubereiten, und so wurde denn beschloffen, einen Antrag zu stellen: die Reichsregierung aufzufordern, daß sie einen dahingehenden Gesetzentwurf einbringen solle.

Den Antrag begründete Liebke in ausführlicher Rede, in der u. a. sehr eingehend auf das Beispiel der Schweiz hingewiesen und die bekannten Mauthschafts- und Kostenziffern, die für Deutschland erwachsen würden, zum ersten Male vorgelegt wurden.

Der Antrag erhielt natürlich keinerlei Unterstützung von anderen Parteien. Da dies auch die folgenden Sessionen nicht anders zu erwarten war, so wurde in späteren Sessionen von einem förmlichen Antrag abgesehen, allein in jeder Budgetdebatte wurde die Mißforderung gestellt, und in voriger Session ja auch von Bebel ausführlich begründet.

Wenn Genosse Kayen Stein die Reichstagsverhandlungen durchgeht, wird er mindestens zwei Duzend sozialdemokratische Mißreden finden. Schon auf dem Münchener Parteitag 1898 traten wir belläufig sehr kräftig für das Mißsystem und gegen den Militarismus ein. Unsere Agitation im Sinne des Kayen Steinschen Vorschlags ist also genau 20 Jahre alt. Wird aber selbstverständlich fortgesetzt werden. Kein Baum fällt auf den ersten Streich.

**Für den armen Weber im Kreuzer Areise** gingen bei Unterzeichneten ein aus: Berlin, Kürfürststr. 17, D. F. 2. — Zwei von der vaterlandslosen Rote 2. — „Infolge Aufstups im „Vorwärts“ zur Erhaltung des Hauses für den armen Weber“ 3. — „Dem tapferen Manne muß gedolbet werden“ 3. — Ein deutscher Student 1. — Von fünf roten Handlungsgehilfen im Café Schiller 6,05. Vom Stammtisch Pätzsch, Wälbstein 88, 4,85. Von der Seher-Abteilung bei Illstein u. Co. 6,85. Von Arbeitern der Firma Heidenhain 2,60. Berlin S. 14 5. — (Name des Webers leider nicht zu entziffern) W. F. D. F. E. F. S. E. A. F. 15. — Die Arbeiter der Fabrik Weimelstr. 14 3. — Durch H. Graupe, Rammstr. 90, 4,20. Von den Lithographen und Steindruckern der Firma Abele u. Co. 11,20. Aus einer Wärbfabrik durch A. Schild, Stallkreierstr. 2, 1,50. Von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Buchbinderei W. Wading 10. — Gieseler, E. Krumm 5. — Hamburg, Neust. Fuhrtenwiete 124, N. Kanzog 10,05. Weissenfels, Slaggesellschaft: „Dem Pfaffen zum Trug, dem Genossen zum Schut“ 3,05. Halberstadt, Dr. Grohn 5,05. Charlottenburg, Eugen Vassel 5,05. Berlin, Carl Zembe, Frobenstr. 18, 5,20 M. Parteigenossen in Elberfeld bei Kiel 30. — Köber, vom Personal des „Volksboten“ durch Köner 8. — Berlin, Dr. J. Dreddenstr. 20,05. Hannover, durch Aug. Kollie von Arb. der Dreherei einer Maschinenfabrik: „Dem Pfaffen zum Trug“ 8. — Berlin, gesammelt im „Café Sag“ 10. — Dortmund, d. E. R. von mehreren schlesischen Landsknechten 5,05. Oberursel, Kraft Klein 11,50.

**Aus K. Kühn, Schneider, Oberlangenbieleu i./Schl.** Bei dem Parteikassierer Genossen Gerisch gingen zu demselben Zwecke ein: Von den Mitgliedern des Verbandes deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“ 15. — Von den 4 Mitgl. der Gewerksch. d. Buchdr., Schriftsetzer und verw. Berufsgr. im „Vorwärts“ 5. — Von den Lithographen der Firma S. Hagelberg 10,95. Tischlerei von Meißner durch O. 4. — 25-jähriges Jubiläum 15,75. Leben 3. — Durch Erbe 2. — Buchdrucker von Wärbung u. Kantorowicz 2,55. Ernst Heuer'sche Stodfabrik 15. — Werkstat. Schlegel 6,95. Weidenweg 90 1. — Gasmesserschiff d. engl. Gasanstalt, Gifshäuserstr. 19 27,35. Arb. d. Firma Bupsle d. Hochhäuser 11,15. Lustige 7, 2,50. Von den Gesellen der Tischlerei J. Weise, Wallisadenstraße 75, 3. — Tischlerwerkstatt Börsch u. Co., Fruchtstraße 85, 8. — Durch Herbst 7,40. Ges. von Arbeitern der Firma C. Ernst u. Co., Berlin, 8,15. M. M. 3. — Von Mitgl. der H. Dr. 8,20. A. G. 3. — Liebermann 2. — Ges. Wallstr. 24 im Konfektionsgesch. 1,50. A. V. 1. — Jwider 3. — 2 M., Buchdrucker 4,70. Zusammen 175,15.

**Der sozialdemokratische Verein in Kiel** hat an zwei Versammlungsabenden, am 29. Juli und 11. August, in eingehender Weise über „Moderne Streikfragen im Sozialismus“ verhandelt. Das einleitende Referat hielt Medauctor Ströbel. Die Debatte endete mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, dahingehend, daß in Zukunft, mehr als bisher, die Presse und die Organisationen der Partei von theoretischen und prinzipiellen Fragen des Sozialismus Interesse und Aufmerksamkeit schenken möchten.

**Aus Solingen** meldet die „Vergische Arbeiterstimme“: Nach den Berichten der bürgerlichen Blätter hat am vorigen Sonntag eine Versammlung, in welcher Herr Georg Schumacher über die letzten Reichstagswahlen und das Verhalten des Parteivorstandes einen Vortrag hielt, folgende Resolution angenommen: „Die heute am 7. August im Lokale des Herrn Idegarten tagende, gutbesuchte Versammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten Herrn Schumacher einverstanden. Ferner erklärt dieselbe sich mit den von einer sogenannten Kreis-Parteiversammlung in Ohligsfeld ausgehenden 6 Genossen einverstanden (5) und beschließt eine Liste in Zirkulation zu setzen, um diese mit möglichst viel Unterschriften versehen an den im Oktober stattfindenden Parteitag gelangen zu lassen, damit die Parteigenossen in ganz Deutschland in die Lage kommen, das einseitige, prinzipienwidrige Treiben des Parteivorstandes bei der letzten Reichstagswahl hier in Solingen nach Gebühr würdigen und beurteilen zu können.“ Die Versammlung soll von 100-120 Personen besucht gewesen sein.

**Zum bevorstehenden Parteitag der bayerischen Sozialdemokraten** kündigt die „Münchener Post“ an, daß sie einen Antrag stellen werde, wonach die Bestimmungen über die Organisation dahingewandelt werden sollen, daß zur Teilnahme am bayerischen Parteitag auch die Redaktionsmitglieder der Partei-Organ berechtigt sind.

Vegründet wird der Antrag wie folgt: Von der Parteipresse wird verlangt, daß sie über alle internen Parteivorgänge so unterrichtet sei, wie über die Taktik im allgemeinen, und zweifellos geben die Parteitage gute Gelegenheit zur Information der Redakteure auch über solche Angelegenheiten, die zwar wichtig sind, aber zufällig nicht zur öffentlichen Verabstimmung stehen, zur persönlichen Aussprache mit den leitenden Personen der Partei u. s. w. Andererseits wäre es eine Beeinträchtigung der übrigen Genossen am Orte, wenn die Redaktion jedesmal eines ihrer Mitglieder bei der Delegiertenwahl kandidieren lassen wollte.

# Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Redakteur des „Süddeutschen Postillons“, Genosse Eduard Fuchs, hat am 10. August im Jellegefängnis zu Nürnberg die zehnmonatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm wegen Maja'sches Verleumdung auferlegt ist. Sein kräftiger Humor wird ihm über die schimmigen Stunden des Kerkerlebens hinweghelfen; möge er die lange Gast auch ohne Schädigung seiner Gesundheit überstehen!

Aus Halle a. S. meldet das „Volksblatt“: Die große Raiffeislerklage hat endlich das Licht des irdischen Jammerthales erblüht. Gegen die Genossen Schade, Weismann, Groß, Marx, Streicher sowie gegen den Kaufmann Berlin'sch und den Seltnerwasser-Fabrikanten Kray ist Anklage erhoben worden, weil sie das Vereinsgesetz das Preßgesetz beziehentlich die Gewerbeordnung überschritten haben sollen. Die Raiffeiser, an welcher nach der Anklageschrift 15 000-20 000 Menschen teilgenommen haben, wird als Versammlung unter freiem Himmel betrachtet, die anzumelden gewesen wäre. Weismann und Groß sollen im „Volksblatt“ vor Eingang der obrigkeitlichen Erlaubnis zum Besuch dieser öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel im „Volksblatt“ aufgeföhrt haben. Streicher und Kray sollen die Gewerbeordnung übertreten haben, weil sie auf dem Festplatz Vier bez. Seltnerwasser verlaufen, und Herr Berlin'sch soll durch Verkauf von Biergläsern an einem Sonntag den Gewerbebetrieb im Umherziehen ausgeübt haben. Die Verhandlung findet am 10. August vor dem Schöffengericht statt.

Einer erstauulich koulanten Polizei scheint sich die westfälische Stadt Hamm zu erfreuen. Am Tage der Stichwahl zwischen den Kandidaten des Zentrums und der Nationalliberalen lebten mehrere Leute ohne polizeiliche Genehmigung Plakate an. Sie wurden von der Polizei erwischt und der Herr Polizei-Inspektor machte, mit dem Befehl in der Hand, den Leuten klar, daß sie solche Plakate nicht anheben dürften und bestraft werden würden. Mehrere der Verteiler erhielten Strafverfügungen, gegen die sie sämtlich Widerspruch erhoben. Sie wurden nun kommissarisch vernommen, einer sogar vom Ankläger selbst in seiner Befragung. Den Ausgang der Sache zeigt folgendes Schreiben:

„Mit Bezug auf Ihren bei dem königlichen Amtsgericht hier selbst erhobenen Widerspruch gegen die diesseitige Strafverfügung vom 2. Juli d. Js. benachrichtigen wir Sie ergebenst, daß wir letztere zurückgenommen haben. Die Polizei-Verwaltung, D. Matthaei, Bürgermeister.“

Leider ist die Polizei von Hamm nicht konsequent. Die Zurückziehung der Strafverfügungen betraf Zentrumskleute. Die Strafverfügungen, die die Polizei während der Wahlbewegung gegen Sozialdemokraten selbst wegen des kleinsten Vergehens erlassen hat, sind, obgleich unsere Genossen ebenfalls Widerspruch erhoben, in keinem Falle zurückgenommen worden.

# Gewerkchaftliches.

## Berlin und Umgegend.

### Achtung, Musikinstrumenten-Arbeiter!

Um unsere Verpflichtungen mit 1898 ab zu erledigen, werden von Sonnabend, den 13. August, ab in den Lokalen von Zubeil, Lindenstr. 106, und Heinrich, Rammstr. 78, Marken a. 10 Pf. an die Werkstatt-Vertrauensmänner ausgegeben. Zur Kontrolle werden Karten zum Einkleben der Marken ausgegeben. Wir erwarten, daß infolge des niedrigen Preises jeder Kollege sich bei der Sammlung betätigt. Jeder Sorge für schnelle Erledigung der Sache. Die Kollegen von Werkstätten, wo bisher kein Vertrauensmann gewählt ist, werden hiermit aufgefordert, einen Kollegen mit der Sache zu betrauen, und da, wo mehrere vorhanden, haben diese die Pflicht, sich darüber zu verständigen, daß die Sammlung abwechselungsweise vollzogen wird.

Jeden Sonnabend von 8-10 Uhr abends nimmt die Kommission in den oben bezeichneten Lokalen Gelder entgegen. Erwünscht ist es, daß sich die Vertrauensmänner eine Legitimation mitbringen.

Nochmals, Kollegen, zeigt, daß Ihr gesonnen seid, eure Ehrenschuld abzutragen.

### Die öffentliche Kommission der Musikinstrumenten-Arbeiter.

**Die Maurer der zentralen Richtung in Berlin und Umgegend** haben vom 12. Mai, der Zeit, wo sie sich von den Lokalisten trennten, bis zum 28. Juli für ihren Streikfonds 16 308,50 M. eingenommen und 9976,80 M. ausgegeben. In den Wächern der Lohnkommission des Verbandes sind 6242 Maurer eingetragen, die zu diesem Fonds Beiträge steueren. Bausperren haben in derselben Zeit 42 stattgefunden, die einen Kostenaufwand von 5834 M. verursachten. Von diesen Bausperren verliefen 29 zu Gunsten der Arbeiter, während 13 verloren gingen. In 24 Fällen wurde die Arbeit eingestellt, um den Stundenlohn von 60 Pf. zu erringen; in 9 Fällen, um die auf den betreffenden Bauten vorhandenen Mißstände zu beseitigen, in 8 Fällen wegen Mahregelung und auf einem Bau wurden die Maurer von dem Unternehmer ausgesperrt, weil sie sich weigerten, in Afford zu arbeiten. Den Verbands-Fiskalen Berlin II, Charlottenburg, Nixdorf, Wilmerdorf und Friedrichsberg gehörten am Schluß des 2. Quartals 4583 Mitglieder an. Die Gesamteinnahme dieser Fiskalen betrug im 2. Quartal 8202,89 M., die Ausgabe 7084,82 M.

## Deutsches Reich.

**Der Zentralvorstand der deutschen Böttcher** erklärt folgende Bekanntmachung: Unsere Vorschläge auf gütliche Vereinbarung sind von den Meistern Rheinlands und Westfalens in einer Sitzung am 30. Juli zu Dortmund rundweg abgelehnt worden. Sie verlangen bedingungslose Anerkennung des Lohnzarfs und der Arbeitsordnung durch Unterschrift der Gesellen, alle anderen Bedingungen lehnen sie ab. Hierdurch ist die Kriegserklärung offiziell erfolgt und tritt nunmehr, da die Arbeitsordnung unannehmbar ist, am Sonnabend auf der ganzen Linie die Aussperrung ein. Der Jugug nach Braunshweig, Helmstedt, Dortmund, Schönebeck, Domm, Barnen, Köln, Elberfeld, Essen a. Ruhr, Duisburg, Wülheim a. Rh., Greifeld, Bochum, West etc. ist deshalb zu vermeiden.

**Der partielle Streik der Maurer in Frankfurt a. O.** ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Diejenigen Unternehmer, die es auf ihren Bauten wegen der Forderung eines Stundenlohnes von 40 Pf. zum Streik kommen ließen, haben nunmehr durch Verhandlungen mit der Lohnkommission folgenden Lohnzarfs vereinbart: Die Junggesellen (Maurer, die noch nicht länger als zwei Jahre Geselle sind), erhalten einen Stundenlohn von 38 Pf., die Maurer, die das 60. Lebensjahr überschritten haben, 39 Pf. Alle übrigen Maurer bekommen 40 Pf. pro Stunde. Die Unternehmer blieben den Verhandlungen fern. Eine am 9. d. Ms. stattgehabte öffentliche Versammlung, an der alle Maurer teilnahmen, beschloß, und zwar einstimmig, den mit der Lohnkommission und den Unternehmern vereinbarten Tarif anzuerkennen. Die Bauten der erwähnten drei Unternehmer bleiben, bis eine Vereinbarung mit der Lohnkommission getroffen ist, gesperrt. Außerdem soll der Bau, den die Regierung durch die Berliner Firma Ramlow'sche Erben ausführen läßt, gemieden werden, bis der von den Frankfurter Mauern geforderte Lohn bewilligt ist.

**Der Streik der Maurer in Potsdam** hat gleichfalls sein Ende erreicht. Am Freitag wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Nach zweitägigen Verhandlungen der Organisation mit den Unternehmern war eine allgemeine Lohnerhöhung von 2-3 Pf. pro Stunde erzielt, ferner vereinbart worden, daß der von den Ausständigen geforderte Stundenlohn von 45 Pf. am 1. April 1899 in Kraft tritt. Die Vereinbarungen wurden am Donnerstag von einer Versammlung anerkannt.

**Die Steinseher-Jumung in Halle a. S.** zahlte bisher den Junggefelten im ersten Jahre allgemein nur 30 Pf. Stundenlohn, während der Stundenlohn der übrigen Gesellen auf 43 Pf. steht. Der niedrigere Lohn für Junggefelten wirkt in diesem Falle wie eine Prämie auf die Lehrlingszüchterei. Eine Versammlung hat deshalb beschloffen, die Steinsehermeister aufzufordern, den Junggefelten 40 Pf. Stundenlohn zu zahlen. Der Jumung ist eine kurze Beweizzeit gegeben. Lehnt dieselbe die Forderung ab, so kommt es wahrscheinlich zum allgemeinen Streik und sollen dann für alle Steinseher 50 Pf. Stundenlohn gefordert werden. Zugut ist streng festzuhalten.

## Ausland.

**Aus England** berichten die „Berliner Volksischen Nachrichten“: Zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern der nordenglischen Schiffbau-Industrie ist es auf einer letzten in Newcastle abgehaltenen Konferenz zu neuen Vereinbarungen wegen der Löhne und Ueberstunden gekommen. Die im Mai verabschiedete Lohnerhöhung — 5 pCt. für Akkordarbeit, 1% Sh. für Zeitarbeit — sollte schon diese Woche in Kraft treten. Diese Lohnerhöhung sollen für die Dauer des nächsten Halbjahres Geltung haben. Betreffs der Ueberstunden wurden für je 50 beschäftigte Arbeiter 16 Tage im Monat, für je 100 Arbeiter 22 Tage im Monat, für die 100 übersteigende Arbeiterzahl 5 Tage im Monat vereinbart.

## Soziales.

**Arbeiter-Risiko.** Auf der Hohenzollern-Grube in Rattowitz wurde ein an der Leitung der elektrischen Bahn beschäftigter Schlossergeselle vom Strome getödtet.

Beim Bau des Bismarck-Thurmes auf dem Knüllberg bei Hleensburg starzte ein Maurer aus Freientheim (Pöbbling Wreandenburg) vom Gerüst. Er war auf der Stelle todt.

In der Papierfabrik in Zeisnach in Niederbayern wurde ein Schlosserlehrling vom Transmissionsriemen erfäßt und ihm der Kopf zerhackt.

Beim Reinigen des Daches des Hof-Theaters in München starzte ein Tagelöhner ab. Er lebte nach dem Sturz nur noch wenige Sekunden.

**Die Anirfreiheit und die Aerzte.** Die sächsischen Aerzte hatten vor einiger Zeit in einer Eingabe die Landesregierung ersucht, beim Bundesrath die Ausschreibung des ärztlichen Standes aus der Gewerbe-Ordnung und den Erlaß eines „Kurpfuscherei-Verbotes“ zu beantragen. Das Ministerium hat ablehnend geantwortet, und dies, wie das „Veipziger Tageblatt“ mittheilt, damit begründet, daß „bei den Anschauungen, die in dieser Beziehung beim Reichstage herrschen, keinerlei Aussicht auf Verwirklichung jener Bestrebungen vorhanden“ sei.

Wir halten diese Begründung für durchaus zutreffend. Schon als der Kultusminister Dr. Bosse den preussischen Aerzten seinen „Ehrengerichts-Gesetzentwurf“ damit schmackhafter machen wollte, daß er ihnen, im Falle der Annahme desselben, die Ausschreibung aus der Gewerbe-Ordnung und die Ausschreibung der Anirfreiheit verpach, haben wir auf die Unersäßlichkeit dieses Versprechens hingewiesen. Mit erdrückender Mehrheit würde



der Reichstag jeden derartigen Gesetzentwurf ablehnen. Und einen Teil dieser Weisheit würde unsere Reichstagsfraktion bilden, nicht um für die Kurpfuscher Partei zu nehmen, sondern weil einerseits auch auf diesem Gebiete das Recht der freien Berichterstattung gewahrt werden muß, und weil andererseits der Kampf mit Polizeimitteln sich auch gegenüber der Kurpfuscher als wirkungslos erweisen würde. Dies haben zur genüge die Erfahrungen bewiesen, die man vor 1869 gemacht hat, das heißt ehe die Gewerbe-Ordnung die Ausübung der Heilfürst freigab. Die polizeiliche und gerichtliche Verfolgung der Kurpfuscher trug nur dazu bei, denselben in der Rolle ein besonderes Ansehen zu verschaffen, und so waren es damals gerade die Kurpfuscher, die, mit aus diesem Grunde, die Aufhebung des Kurpfuscher-Verbots fordereten. Im Laufe der Zeiten ist dies in Vergessenheit geraten, und so fordern heute die Kurpfuscher, angesichts der fortschreitenden Proletarisierung ihres Standes, die Aufhebung der Kurpfuscher, ebenso, wie das ins Proletariat herab sinkende Kleinhandwerk die Aufhebung der Gewerbe-freiheit und die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises fordert.

**Eine beachtenswerthe Verordnung** hat der Landrath des Kreises Solingen in Beziehung auf die dort in einigen Tagen beginnenden Volksschul-Ferien erlassen. Die Verordnung lautet: „Es ist festgestellt worden, daß in früheren Jahren in gewerblichen Betrieben und Fabriken des hiesigen Kreises Schul-kinder in größerer Zahl zur Befähigung herangezogen sind. Aus Anlaß des Beginnes der Herbstferien mache ich darauf aufmerksam, daß eine solche Befähigung dem Zweck der Ferien, welche den Kindern zur Erholung und Kräftigung gereichen sollen, widerspricht, und daß daher gegen Unwiderrufliche geeigneten Falls unumkehrlich auf Grund der §§ 135, 146 Ziffer 2 und 154 der Gewerbe-Ordnung mit Strafen vorgegangen werden wird.“

**Die schon zu wiederholten Malen abgeänderten Statuten** der Graf Guido Hendel von Donnermarsch'schen Beamten-Pensionskasse sind, weil wieder zum größten Nachtheil der Beamten, diesmal von der k. k. Regierung zu Oppeln nicht genehmigt und dem Ministerium in Berlin zur weiteren Veranlassung überandt worden. So merkt das „Oberschlesische Tageblatt“.

## Kommunales.

**Oberbürgermeister Zelle** hat am Donnerstag von den Magistrats-Bureauvorstehern Abschied genommen und auch in der Magistratsitzung gestern das letzmal die Sitzung geleitet. An seiner Stelle wird vorläufig vertretungsweise der neugewählte Oberbürgermeister Kirchner die Geschäfte führen.

**Vielfach wird ein Bedauern darüber ausgesprochen**, daß das von der Stadt angekauft Mittagsgut auch in seiner ganzen Ausdehnung für Viehzwecke verwendet werden soll; insbesondere wird beklagt, daß der dortige Waldompter von circa 3500 Morgen rasirt werden soll. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt, daß allerdings der größte Theil des Waldes zu Viehzwecken Verwendung finden und daher abgeholzt werden soll, daß aber ein kleiner Theil für die in Aussicht zu erhaltende städtische Feueranstalt erhalten bleiben soll. Eine Abholzung des mit prächtigen Alleen und Baumgruppen versehenen Parkes soll nicht stattfinden. Die Stadtverwaltung hat das Gut zum Preise von 3 500 000 M. erstanden.

**Auf dem städtischen Schlachthofe** sind im Monat Juli 1897 47 468 Schweine — gegen 51 404 im Juli 1897 — auf Trichinen untersucht worden. Davon sind 7 Stück wegen Trichinen und 33 Stück wegen Fünern als zur menschlichen Nahrung ungeeignet zurückgewiesen worden.

## Soziale Rechtspflege.

**Iwanig Vergolder der Firma Wehlow u. Co.** waren von dem Firmeninhaber wegen Kontraktbruches vor das Gewerbegericht zitiert worden. Der Herr beantragte die übliche Buße. Die Verhandlung leitete Gewerberichter v. Schulz. Folgender Sachverhalt wurde festgestellt: Ein Affordarbeiter der Firma sollte eine bestimmte Goldleiste anfertigen und 1,50 M. pro 100 Fuß erhalten. Er verlangte aber 2 M. mit der Begründung, daß er die Leiste für 1,50 M. nicht machen könne! Der höhere Satz wurde ihm verweigert und er erhielt auch keine andere Arbeit angewiesen, was er als Entlassung aufsahte. Die übrigen Affordarbeiter erklärten sich mit ihm solidarisch und verließen ebenfalls die Fabrik, indem sie die angefangenen Affordarbeiten unfertig liegen ließen. Herr Meyer, der Firmeninhaber, erklärte darin einen Kontraktbruch und verließ sich in der schon erwähnten Klage auf die Fabrikordnung, wonach bei Affordarbeiten die Entlassung und die freiwillige Aufgabe der Arbeit nur nach beendeter Afford erfolgen darf. Bevor es zur Verhandlung der Klage kam, hatten sich die Parteien wegen der Wiederaufnahme der Arbeit bereits verglichen. Die Angeklagten treten bei der Firma wieder in Arbeit, und Herr Meyer läßt die betreffende Goldleiste nicht in seinem Betriebe machen. Für den Fall, daß sie doch mitgenommen werden muß, hat er versprochen, so viel wie die Firma u. Bernmeister dafür zu zahlen. Vor dem Gewerbegericht erklärte er gestern, daß er mit seiner Klage nur bezwecke, den Verfolgten zum Bewußtsein zu bringen, daß sie Kontraktbrüche geworden seien. Es kam denn auch hier zu einem Vergleich. Die Verfolgten erklärten protokolllarisch an, daß sie zu unrecht die Arbeit vor der Beendigung ihrer Afforde niedergelegt haben und daß sie nicht berechtigt waren, die Wiedereinstellung eines entlassenen Arbeiters zu verlangen. Herr Meyer seinerseits verzichtete ausdrücklich sämmtlichen Verfolgten gegenüber auf seine Forderung und zog die Klage zurück.

## Gerichts-Beilage.

**Ein Streit** zwischen dem Verleger des „M. Journal“, Dr. Leipziger, und dem Redakteur Schulze von der „Rad-Welt“ gelangte gestern zum zweiten Male zur gerichtlichen Entscheidung. Im November v. J. fand hier eine internationale Fahrrad-Ausstellung statt, welche in hervorragender Weise von einer französischen Firma besorgt war. In einem Artikel, welcher im „kleinen Sport-Journal“, einer Beilage zum „kleinen Journal“, erschien, wurde das französische Ereigniß in lobender Weise besprochen. Daraus erschien in der „Rad-Welt“ ein Artikel, worin mitgeteilt wurde, daß die französische Firma eine Aufwendung von 1000 M. gemacht habe, um eine empfindliche Verpöschung in der Presse zu erzielen. Der Verfasser des Artikels ließ durchblicken, daß dieser Betrag in die Kasse des „M. Journal“ geflossen sei. Dr. Leipziger erwiderte in all zu gehäuftester Weise, er nannte den Verfasser des Artikels einen „Lumpen“ und bezeichnete es als eine „bedenkliche Gemeinheit“, ihn der Veschicklichkeit zu verdächtigen. Diese Fehde gab Veranlassung zu Klage und Widerklage. In der ersten Instanz wurde festgestellt, daß das Anstellungs-Komitee 20 000 Nummern des „M. Journal“ mit dem in Rede stehenden Artikel beim Verleger des „M. Journal“ bestellt hatte. Die Arbeit war ihrer Dringlichkeit wegen während der Nacht angesetzt worden und hatte der Verlag hierfür, sowie für die Vertheilung der 20 000 Nummern einen Preis von 1000 M. erhalten. Der Gerichtshof hatte dies Geschäft als ein durchaus unangemessenes und deshalb den verurteilten Vorwurf der Veschicklichkeit als unberechtigt bezeichnet. Schulze wurde deshalb wegen Verleumdung zu 25 M. Geldstrafe verurtheilt, dem Verfolgten Dr. Leipziger dagegen wegen der beschimpfenden Ausdrücke eine Geldstrafe von 200 M. auferlegt. Von beiden Seiten wurde Berufung eingelegt, die achte Ferien-Strafkammer des Landgerichts I bestätigte indessen das erste Erkenntniß.

**Das Spandauer Schöffengericht** hat vorgestern abermals das Streitpostenstehen nicht für groben Unfug erklärt und zwar in einer Verhandlung gegen die Zimmerleute Endow und Meybold, welche beklagt waren, am 11. Mai d. J. als „Streikstörer“ Personen, insbesondere zugereifte Zimmerleute, beklagt und dadurch groben

Unfug verübt zu haben. Die flüchtige Beweisaufnahme erbrachte indessen keinerlei greifbare Inhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Behauptung, und da der Gerichtshof in Uebereinstimmung mit dem Amtsanwalt die Meinung vertrat, daß das bloße Streikpostenstehen nicht als grober Unfug zu erachten sei, so erfolgte Freisprechung der Angeklagten.

**Daß ein Zuhörerraum im Gerichtssaale keine Schlafstelle** ist, hat der Seiler Otto D. erfahren müssen. Derselbe hatte eine Einladung vor eine Strafkammer erhalten und sich, bis seine Sache heran kam, in den Zuhörerraum begeben. Da er sich zu seiner bevorstehenden Vernehmung Mühe genommen hatte, war er im Besitze der Verhandlungen fast eingeschlummert. So passierte ihm das Malheur, daß er bei einer vorgenommenen Vernehmung sitzen blieb und hörbar — schlief. Dieses Vergehen gegen die Gerichtsordnung trug dem Schläfer eine sofort zu vollziehende Haftstrafe von zwei Tagen ein.

## Versammlungen.

**Eine Versammlung des fünften Berliner Reichstags-Wahlkreises**, die am Donnerstag bei Büste in der Grenadierstraße tagte, setzte die Diskussion über den Ausfall der Reichstagswahlen fort. Koyte äußert: Nicht weit angeblid die Arbeiter in die Vororte gedrängt werden, hätten wir die beiden Berliner Kreise eingeschickt, sondern wegen Vorkommnisse in der Partei. Die Gewerkschaften hätten meistens ihre Pflicht gethan. Doch sollen von den lokalorganisirten Musikinstrumenten einzelne nicht gestimmt haben. Das Bündniß mit den Freimünnigen zur Landtagswahl habe auch topischen Grund. Es müsse im Verein mehr gearbeitet, kleinere Bezirke errichtet werden, damit das Vertrauen größer wird und die Genossen sich besser kennen lernen. Fränkel meint, es würden nur dort Vorwürfe erhoben, wo wir verloren haben; sonst würden die Fehler mit dem Mantel der Liebe verdeckt. Wegen des Kandidaten dürfte sich kein Organisator der Stimme enthalten haben. Medner wünscht mehr Flugblätter-Vertheilungen und mehr Versammlungen. Auch müsse der „Vorwärts“ öfter in Massen vertheilt werden. Das Partei-Organ nimmt nach der Ansicht Fränkel's nicht auf das Massenbedürfniß Rücksicht. Da die Frauen mitzusprechen hätten, müsse das „Kolale“ mehr bedacht werden. Genosse Liepmann tritt der Ansicht entgegen, als ob durch die Siegeszuversicht der Kreis verloren gegangen wäre. Doch glaubt er, daß durch Niederlegung aller Arbeiterviertel eine Verschönerung der sozialen Stellung der Wähler stattgefunden habe. Auch dürfte die Sozialdemokratie bei der Landtagswahl nicht für den Freisinn eintreten, denn dieser sei in sozialen Dingen reaktionärer, als die anderen bürgerlichen Parteien. Da der Wahlverein nur 500 Mitglieder gegen 715 vor dem Köllerkamp gehabt habe, hätten geeignete Hilfskräfte bei der Wahl gefehlt. Der „Vorwärts“ habe gerade in der Wahlzeit auf der Höhe gestanden und sei er mit der Haltung des „Vorwärts“ zufrieden. Aber die Genossen hätten nicht genug für den „Vorwärts“ gethan, es fehle an Agitation für die Verbeimung. Blaurol behauptet, die Redaktion des „Vorwärts“ sei intolerant, denn sie nähme Verdingungen nicht auf, ohne wiederum ihre Bemerkungen dazu zu machen. Maviernmacher Darlow erwägt, daß eine von ihm eingekündete Verdingung abgewiesen worden sei. Thommen wünscht, daß die Klein-gewerbetreibenden nicht zu hart behandelt würden, da der Kreis nicht allein von der Arbeiterkraft zu erringen sei. Naab stellt richtig, daß die Sozialdemokratie nicht sage, der Mittelstand muß zerrieben werden, sondern er wird zerrieben werden, wie die Statistik beweise. Er erwartet, daß die Berliner Arbeiterkraft nicht für die unwürdige Vertretung der Berliner Bourgeoisie zur Landtagswahl eintrete, was zur Verimpfung führen würde. Robert Schmidt kommt auf den Vorwurf zu sprechen, daß seine Stellung zu den lokalorganisirten Arbeitern nachtheilig auf den Ausgang der Wahl gewesen sei. Er erklärt, daß er garmicht zu den eifrigen Gegnern der Lokalorganisationen gehöre, doch sei er geneigt gewesen, gegen gewisse Strömungen vorzugehen. Seine Angriffe gegen die Organisation der Musikinstrumenten-Arbeiter richteten sich vor allem gegen den feineren gefassten Ausschluß, ihre bei den Gewerkschaften aufgenommene Schuld nicht zu zahlen und gegen diejenigen, die, als Anarchisten bekannt, innerhalb dieser Gewerkschaft eine führende Rolle übernommen haben. Durch ein solches Vorgehen werde sich kein Sozialdemokrat von der Abgabe seiner Stimme abhalten lassen. Man ziehe wohl immer in den Versammlungen über die sozialdemokratische Partei her, aber man fühle sich verlegt, wenn man dann als Anarchist bezeichnet werde. Ferner meint der Redner, daß man versuchen müsse, die gemachten Fehler in den nächsten fünf Jahren auszumergen. Die politische Meinungsarbeit erscheine auch ihm das wichtigste. Kattler beklagt sich, daß er bei der Wahl keine Hilfe bekommen habe. Darauf wird die Diskussion geschlossen. Dr. Wehl meht im Schlußwort, daß wir uns mehr um die Klein-gewerbetreibenden kümmern müßten; auch hätten wir durch unser Eintreten für die Landtagswahlen manchen verloren. Darauf wird beschlossen, im November ein Stiftungsfest zu veranstalten und die Arrangierung desselben dem Vorstand zu übertragen. Nachdem bekannt gemacht, daß für den 18. September noch Urania-Billets zu haben sind, wird die Versammlung geschlossen.

**Die Kandidatoren** hielten am 4. August ihre fällige Mitglieder-versammlung ab. In derselben wurde Kollege Entle zum Schrift-führer gewählt. Alsdann wurde beschlossen, am 21. August (Sonntag) eine Partie nach Grünau zu Lindenbagen zu unternehmen. Die Kollegen haben sich von 12—12 1/2 Uhr auf dem Bahnhof Zimmowitz-beide zu treffen. Der zweite Punkt, Stellenvermittlung betreffend, wurde bis auf weiteres vertagt, jedoch die Mitglieder aufgefordert, jede vakante Stelle sofort zu melden. Unter Verschiedenem wurde vom Kollegen Weichen ein in der Hartmann'sche Offenzierung wegen ihres unehrenhaften Verichts über den Hamburger Väterkreis kritisiert. Die Versammlung überläßt das Urtheil hierüber jedem Kollegen selbst.

**Buchbinder.** Am Sonntag, den 8. August, hielten die Mitglieder des Verbandes der in Buchbindereien u. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Versammlung ab. Bräuner gab zuerst die Namen der am Schluß des I. Quartals auf der Streikungsliste stehenden, später aber weiter geführten Mitglieder bekannt. Eine Bekanntgabe der freiwillig ausgetretenen Mitglieder konnte nicht erfolgen, da die Namen nicht vorlagen. Hieraus wurden die An-welbenden von der Absicht des Verbandesvorstandes, einen einheitlichen Tarif für Buchbinderien über ganz Deutschland zu ermöglichen, in Kenntniß gesetzt. Die zum diesem Zweck in Berlin gebildete Kom-mission habe sich mit den Vorarbeiten hierzu bereits beschäftigt, aber das Material sei bisher nur sehr spärlich eingelaufen. Die Kollegen wurden ermahnt, die Arbeiten dieser Kommission nach Möglichkeit zu unterstützen. Hieraus hielt Dr. Bruno Wille einen mit regem Interesse verfolgten Vortrag über: „Der Kampf ums Dasein in der Gedankenwelt“, welcher mit reichem Beifall belohnt wurde. Unter Verschiedenem machte Kollege Seherwart auf die Dienstag, den 16. August, bei Hensel, Zwoaldenstr. 1a, stattfindende öffentliche Versammlung der in der Lugschpapierbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen aufmerksam, in welcher zu erweisen allen Anwesenden zur Pflicht gemacht wird. Nachdem Christan um baldiges An-rechnen der Billets zum Sommerfest ersucht hatte, machte er noch die Mittheilung, daß das Stiftungsfest anstatt am Sonntag den 16. Sonnabend den 14. April 1899 abgehalten werden soll. Einem An-trage Albert's, der Rekrutungskommission das selbständige Festmachen der Säle zu Vergünstigungen zu überlassen, wurde nach vege Debatte zugestimmt.

**In der Verleumdung der Firma C. G. W. Kapler** in Nr. 186 des „Vorwärts“ wird uns von dem betheiligten Redakteur erklärt, daß seine Entlassung vormittags 9 Uhr, angeblich wegen Mangel an Arbeit, durch den Bismarckler erfolgte. Als der betreffende Arbeiter nach dem Komptoir gehen wollte, um sein Geld zu holen, traf er den wirklichen Meister auf dem Treppenhof. Dieser sagte: „Sie wollen es hier wohl auch so machen, wie bei der Firma...“ Solche Leute dulden wir nicht; wie kommen Sie dazu, in der Fabrik

eine Versammlungs-Einladung zirkuliren zu lassen? Wir sind seitens des Arbeiterausschusses bereits vor Ihnen gewarnt worden.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, d. 14. August, vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Neujour, Kommandantenstraße 57: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. Um 11 Uhr darnach ebenfalls: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: Was heißt „naturgemäß“? Bitte willkommen.

**Electro-technischer Gewerbeverein** Berlin und Umgegend. Heute Abend 8 1/2 Uhr, Schillingstr. 36: Vortrag. Hochachtungsvoll willkommen.

## Zu den Friedensverhandlungen

wird der „Int. Corr.“ aus Madrid berichtet:

In den der Regierung nachstehenden Kreisen tritt man nachdrücklich den von Washington aus vorbereiteten Meldungen entgegen, daß die spanische Antivornote absichtlich ausweichend gehalten sei. Die Note erklärte von vornherein, daß Spanien die gestellten Friedensbedingungen grundsätzlich annehme, aber in drei Punkten wünscht man vorher noch nähere Erklärungen. Erstens müsse anerkannt werden, daß die kubanische Schuld von den staatlichen Hoheitsrechten der Insel untrennbar sei, zweitens sei festzustellen, daß die Vereinigten Staaten auf den Inselgruppen der Philippinen, Karolinen und Ladronen außerhalb des ihnen überlassenen Territoriums auf jede Ausübung staatlicher Hoheitsrechte verzichten, und drittens, daß Nordamerika sich verpflichtet, eine getauische Ausbreitung der geistlichen Orden von den Philippinen in seiner Weise zu unterstügen. — Wenn nun die nordamerikanische Regierung in diesen Forderungen Spaniens die Absicht erblickte, den Friedensschluß zu verzögern, so müsse man von spanischer Seite erwidern, daß Nordamerika einer offenen Erklärung ausweiche, um inwieweit die Feindseligkeiten auf Kuba und Portorico fortsetzen zu können.

Eine Madrider Depesche vom Donnerstag Abend berichtet: Der Regierung ist das Präliminarprotokoll über den Frieden mit den Vereinigten Staaten zugegangen. Beim Verlassen des Minister-rathes erklärten die Minister jedem einem Vertreter der „Agencia Fabra“, das Protokoll sei vollkommen genehmigt worden. Es enthalte keinerlei Abänderungen, es führe nur einige neue Punkte an. Heute Abend werde man schon die Antwort nach Washington senden und den französischen Botschafter Cambou zur Unterzeichnung des Protokolls ermächtigen. Vor allem werde die Einstellung der Feindseligkeiten erfolgen. Das Protokoll werde wahrscheinlich schon morgen unterzeichnet werden. Die Friedenskommission sei noch nicht ernannt, die Verhandlungen würden, wie der Minister des Auswärtigen erklärte, in Paris stattfinden, der Wortlaut des Protokolls werde erst nach der Unterzeichnung veröffentlicht werden.

Die amtlichen Kreise sind der Meinung, man könne die Einberufung der Cortes bis Ende September aufschieben. Von seiten Spaniens sowohl wie auch Amerikas wird telegraphisch die Einstellung der Feindseligkeiten angeordnet werden, sobald Cambou das Präliminarprotokoll unterzeichnet haben wird.

Heute wird aus Madrid telegraphirt: Die Regierung hat den französischen Minister des Auswärtigen, Delcasse, wissen lassen, daß sie den Wortlaut des von seiten der Vereinigten Staaten entworfenen Friedens-Protokolls annehme. Sie wird an die französische Regierung die Bitte richten, an den Botschafter in Washington, Cambou, die Vollmachten gelangen zu lassen, die ihn zur Unterzeichnung des Protokolls, entsprechend dem von Mac Kinley ausdrücklich gestellten Ersuchen, ermächtigen sollen.

Dem Vernehmen nach wird der spanische Botschafter in Paris, Leon y Castillo, den Vorschlag unter den spanischen Mitgliedern der Friedens-Kommission führen. Spanien wünscht auf dem ganzen Philippinen-Archipel seine Oberhoheit aufrecht erhalten zu sehen, und will dort weitgehende Reformen in politischer und administrativer Hinsicht durchführen.

Das Madrider Blatt „Liberal“ spricht seine lebhafteste Freude über das Ende des Krieges aus und sagt, der Besitz Spaniens in Amerika sei vollständig verloren. Die Ereignisse der letzten drei Jahre würden auf der Geschichte Spaniens schwer lasten. Die übrigen Blätter veröffentlichen die Berichte über die Vorgänge im gestrigen Ministerrath, ohne dieselben einer Besprechung zu unterziehen.

Der „Daily Chronicle“ wird aus Washington gemeldet: So zuverlässig glaube die Regierung, daß der Krieg beendet sei, daß Mittwoch Abend der Generaladjutant nachstehendes Telegramm an General Miles richtete: Da der Friede gezeichnet ist, weist Sie der Kriegssekretär an, alle Feindseligkeiten einzustellen und die spanischen Befehlshaber davon zu verständigen.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat der französische Botschafter im Empfangssaal des Staatsdepartements das Friedensprotokoll unterzeichnet. Der Präsident Mac Kinley erließ gleichzeitig eine Proclamation betreffend die Einstellung der Feindseligkeiten.

Die Amerikaner zürnen möchten sich nun gerne wieder mit den Amerikanern versöhnen. Ein Telegramm des „New-York Herald“ meldet aus Santiago, Garcia habe angedeutet, daß er den Wunsch habe, sich sein Vorhaben betreffend den Abbruch der Beziehungen zu der amerikanischen Armee, noch einmal zu überlegen; er erbiete sich jetzt, Führer für die Expedition auf Portorico zu stellen. Der „Herald“ meldet ferner, die Zivilverwaltung sei in Santiago jetzt völlig abgehandelt worden.

Aus Portorico treffen nun wohl die letzten kriegerischen Nachrichten ein.

General Schwan meldete telegraphisch nach Washington, daß seine Brigade einige Meilen von Mayaguez (Westküste von Portorico) entfernt mit starken spanischen Streitkräften in einen Kampf verwickelt wurde. Auf amerikanischer Seite fielen zwei Mann. Ein Lieutenant und 14 Mann wurden verwundet.

Ein Telegramm aus San Juan meldet, daß ein Kampf zwischen 800 Spaniern, welche einen Vulkanthurn besetzt hielten und ihn vertheidigten, und 200 amerikanischen Soldaten vom Kriegsschiff „Cincinnati“ stattgefunden hat. Die Spanier wurden mit großen Verlusten zurückgeschlagen und ließen zahlreiche Gewehre zurück.

Auch die Zuzugenden auf den Philippinen erklären sich jetzt ganz offen für die Amerikaner. Der Korrespondent des „New York Journal“ telegraphirte aus Hongkong, die philippinische Junta habe dem amerikanischen Konsul Wildman öffentlich mitgeteilt, ihr einziger Wunsch sei die Annethmung der Philippinen durch Amerika.

Heber die republikanische Schilderhebung liegt heute die folgende Depesche aus Madrid vor: Die auführerische Bande in der Provinz Castellon hat sich, nachdem sie einige Schiffe mit den sie verfolgenden Genarmen gewechselt hatte, getheilt und in das Atalayas-Gebirge geflüchtet.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Braunschweig, 12. August.** (S. H.) Nach einer Meldung der „Braunsch. N. N.“ ist auf dem Bahnhofe Viernburg heute früh 6 1/2 Uhr der von Seelen kommende Güterzug infolge eines Weichen-befehles entgleist. Ein Bremser ist verletzt worden. Gleich darauf fuhr auf demselben Geleise eine Lokomotive auf den Güterzug. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Aufrechterhaltung des Verkehrs ist durch Unfälle ermöglicht.

**Münch, 12. August.** (S. H.) Heute Nachmittag 6 Uhr wurde in der Bauerngasse der frühere Spezereihwarenhändler Schüler von seiner Geliebten aus Eifersucht erschossen.

**Celsnig, 12. August.** (S. H.) Bei der Menovirung der k. k. Strafanstalt in Celsnig kam es heute Vormittag zu einem In-surrektionen zwischen deutschen und geschiedenen Arbeitern, weil die beiden Baumunternehmer eine große Anzahl geschiedener Arbeiter eingestellt hatten. Die deutschen Arbeiter legten die Arbeit nieder; die deutsch-böhmischen erklärten sich mit ihnen solidarisch. Es herrschte große Unruhe.

**Paris, 12. August.** (S. H.) Major Esterhazy ist heute Nachmittag aus dem Gefängniß entlassen worden.

**Rom, 12. August.** (S. H.) Wie aus Messina, Milazzo und Reggio di Calabria gemeldet wird, wurden dort heute Nachmittag starke Erderschütterungen verspürt. Sanden wurde nicht angerichtet.



Volkswirtschaftliche Rundschau.

Eisenbahnen, Kanäle und Zollpolitik.

Neber unseren natürlichen und künstlichen Wasserstraßen zieht sich ein ähnliches Netzwerk zusammen, wie Mitte der siebziger Jahre über den Eisenbahnen.

Man klagte die Eisenbahnen damals an, daß sie den internationalen Handel, vor allem die Einfuhr durch ihre Ausnahmetarife begünstigten, meist auf Kosten des inländischen Verkehrs auf kurze Strecken, für den sie keine Konkurrenz zu fürchten hatten und daher Monopolpreise verlangten.

Schon 1877 hatte der Bundesrath den Ausschichtsbehörden die Prüfung und Nichtgenehmigung aller solcher Tarife empfohlen, welche für ausländische Produkte und Rohstoffe einen an sich oder verhältnismäßig günstigeren Frachtsatz gewähren, als für gleichartige inländische Erzeugnisse.

Es ist die Aufgabe des Staates, dieser Tendenz (der Herabsetzung der Tarife für die Einfuhr und Durchfuhr ausländischer Produkte) beschränkend entgegenzutreten, soweit dadurch die wirtschaftlichen Interessen des Inlandes gefährdet werden.

Man hob daher Ende der siebziger Jahre, trotz des lebhaften Widerstandes der Privatbahnen, die bestehenden, die ausländische Einfuhr — scheinbar oder wirklich — beginnenden Tarife auf: wir haben solche Tarife (von einer, nur den äußersten Osten betreffenden Bestimmung des russischen Handelsvertrages abgesehen) nur dann noch, wenn es sich um Erzeugnisse handelt, die, wie Kolonialwaaren, in Deutschland überhaupt nicht vorkommen und daher keinerlei stützende Konkurrenz im Inlande hervorgerufen können.

Diese relative Hochhaltung der Transportpreise der Eisenbahnen bei der Zufuhr vom Auslande nach dem Inlande fällt um so schwerer ins Gewicht, als in unseren Staatsbahntariffen immer ein beträchtlicher Bruchtheil nichts wie eine „Verkehrssteuer“ darstellt, die der Staat noch zu den Selbstkosten und dem normalen Profit zufügt. Zwar erklärte Reichard in seiner großen Programmrede über die Umgestaltung des preussischen Eisenbahnwesens, daß man Staatsbahnen nicht bone, um ein Geschäft zu machen; sogar Zuschüsse der Steuerzahler würden sich leicht ausgleichen durch die Hebung des Wohlstandes und damit der allgemeinen Steuerkraft auf der anderen Seite; bei Häfen, Strömen, Chauveaux, bei der Postfrage war auch nicht nach einer Rentabilität ihrer Anlagen. Indes, es ist bekanntlich alles anders gekommen. In den Jahren 1882/83 bis 1896/97 haben die preussischen Staatsbahnen — nach Abzug ihrer Ausgaben, sowie der zur Verzinsung und 1/2 prozentigen Tilgung der Staatsbahnen-Kapitalschuld erforderlichen Beträge — einen Reinerüberschuß von 1290 Millionen Mark abgeworfen, von dem nur 40 Millionen für besondere Bedürfnisse der Staatsbahn-Verwaltung ausgegeben wurden, alles übrige für allgemeine Staatszwecke. „Nicht man die 40 Millionen Mark, welche für die Staatsbahnen-Verwaltung ausgegeben sind, von den 1290 Millionen Mark ab, so bleiben noch 1250 Millionen Mark, welche zu anderen staatlichen Zwecken Verwendung gefunden haben und von den Benutzern der Staatsbahnen demnach als eine Verkehrssteuer gezahlt worden sind.“

So sind alle unsere Eisenbahntransporte verhältnismäßig theuer geblieben, und da man alle Ausnahmetarife für die Einfuhr der auch bei uns erzeugten Produkte ablehnt, so ist die Grenzbarriere, welche neben den Schutzzöllen die Transportkosten bilden, eine recht ansehnliche geblieben und die Klage der Unternehmer, daß die Schienenwege mit Vorliebe die fremden Waaren zu uns hereinbrächten, haben vollständig aufgehört.

Indes, die Einfuhr hat sich um so mächtiger an anderer Stelle einen Durchbruch verschafft: an den Mündungen der Ströme und Kanäle, die gerade unsere reichsten Absatzgebiete durchziehen — man denke nur an den Rhein und die Elbe mit ihren blühenden industriellen Umgebungen und Hinterländern.

Dieses Reg von natürlichen und künstlichen Wasserstraßen ist eigentlich erst in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren recht aufgeschossen worden. Man hat die Ströme regulirt und vertieft, große Kanalprojekte durchgeführt oder durchzuführen begonnen, man hat Flußhäfen hergestellt und weiter ausgebaut, ebenso die Umschlagvorrichtungen, Lagerhäuser, Geleisenschlässe an die Bahnen. Rhein

\*) Ulrich, Staatsbahnen, Staatswasserstraßen und die deutsche Wirtschaftspolitik. Leipzig 1898. Noch besser vertritt die kanalfreundliche Stimmung die frühere Schrift von Ulrich, Staates- und Wasserstraßen, Berlin 1894. Ferner vergleiche man: Cohn, Eisenbahnen, Wasserstraßen und der preussische Staatshandelsverkehr bei Schmoller, 18. Band 1904, und Major Kies, Schiffahrtsstraßen bei Conrad, 10. Band 1895. — Gegen Ulrich sehr eingehend in den letzten Art. 42—44 der „Nation“ Walthers Log: Kritik der neuesten Argumente u. f. f.

und Elbe haben so wesentlich gewonnen, während Oder und Weser erst zu einem für den regelmäßigen Verkehr werthvollen Wasserweg geworden sind.

Table with 3 columns: Location, 1876/80 durchschn., 1886/90 durchschn., 1896 durchschn. Rows include: auf dem Rhein bei Emmerich, auf der Elbe bei Hamburg, auf der Elbe bei Schandau, auf der Spree bei Berlin, auf der Oder bei Breslau.

Die Gesamtzahl des Verkehrs der deutschen Wasserstraßen betrug nach der Ulrich'schen Zusammenfassung der Reichsstatistik 1873: 9 541 000 Tonnen, 1895: 84 277 000 Tonnen, d. h. unter Berücksichtigung des Umstandes, daß für eine geringe Anzahl Häfen Zahlen für 1873 nicht haben gegeben werden können, eine Zunahme von etwa 850 pCt. Dagegen betrug die Anzahl der auf den deutschen Eisenbahnen beförderten Tonnen 1873: 120 Millionen, 1895: 248 Millionen, also eine Zunahme von rund 107 pCt. Dabei hatte sich aber auch das Eisenbahnnetz in der angegebenen Zeit von 23 800 Kilometern auf 45 281 Kilometer, also um fast 100 pCt. vergrößert, während das Wasserstraßennetz in derselben Zeit eine nur unbedeutende Längenzunahme erfahren hat.

Unbestreitbar bewegen sich auf diesen Wasserwegen die meisten, die Grenze überschreitenden Transporte vom Auslande nach dem Inlande und nicht umgekehrt. Die Einfuhr benutzt mit Vorliebe den Wasserweg. So wurden 1894 Koh- und Braunkohlen überhaupt eingeführt 244 723 Tonnen, davon auf den Wasserstraßen 180 006 Tonnen, das sind 73,6 pCt. — Weizen und Spelz 1 215 355 bezw. 906 941 Tonnen, also 74,6 pCt. auf dem Wasserwege — Roggen 708 384 bezw. 443 688 Tonnen, mithin 62,6 pCt. — Hölzer aller Art 3 422 209 bezw. 1 781 002 Tonnen, gleich 52 pCt. Dabei sind immer die erheblichen Mengen nicht mitgerechnet, welche seewärts eingeführt und dann von den Hafenplätzen Memel, Königsberg, Danzig, Stettin, Lübeck, Bremen, Emden zu Berg auf den betreffenden Wasserstraßen verschifft sind, weil von ihnen nicht mehr mit Bestimmtheit die in den Häfen mitverladenen deutschen Waarenmengen gefordert werden können. Bei Kohleisen, das zweifelslos alles dem Auslande zugeführt werden kann, würde sich sonst der Prozentsatz auf 84 pCt. erhöhen u. f. f.

Zu schneidendem Gegensatz zu den Eisenbahntransporten werden nun alle diese Wasserfrachten tief unter dem Selbstkostenpreise befördert. Während die Eisenbahnpolitik die fremde Einfuhr möglichst fernhält, wird hier die Einfuhr subventionirt. Die Bahntarife verschärfen den Schutzzoll, die Wasserstraßen-Abgaben durchkreuzen ihn.

Die Reichsversammlung sowohl, wie mehrere internationale Uebereinkommen haben zu der widerprüchlichen Tarifgestaltung bisher geradezu gezwungen. Gätte man die erstauuliche Entwicklung der Binnen-schiffahrt voraussehen können und wäre man zur Zeit der Geburt der Reichs-Versammlung und der internationalen Verträge weniger freihändlerisch gewesen, so würde man sich niemals die Hände so sehr gebunden haben.

Auf allen natürlichen Wasserstraßen dürfen Abgaben nur für die Benutzung besonderer Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, erhoben werden. Diese Abgaben, sowie die Abgaben für die Befahrung künstlicher Wasserstraßen, welche Staats-eigentum sind, dürfen die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herkaltung der Anstalten und Anlagen erforderlichen Kosten nicht übersteigen.

Die Rhein-Schiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868, die von den deutschen Uferstaaten, ferner von Holland, Belgien, Frankreich und der Schweiz vereinbart worden ist, sowie die Schiffahrtsakte bezüglich der Elbe, Weser und Donau legen fest, daß Schiffahrtsabgaben nur in solcher Höhe erhoben werden dürfen, daß die Unterhaltungskosten der Wasserstraßen bezw. die Zinsen der hierauf verwendeten Kapitalien gedeckt werden.

Hiernach baut, verbessert und unterhält der Staat, der Steuerzahler die Wasserwege. Aber es ist nicht nur verboten, einen Ueberschuß — bei den preussischen Eisenbahnen, wie gesagt, 1290 Millionen Mark in 15 Jahren — herauszuwirtschaften, sondern es ist vielfach sogar ausgeschlossen, daß das eigentliche Anlagekapital verzinst und amortisirt wird: eine Flußregulirung mag z. B. nur zum Nutzen der Schifftransporte unternommen sein, zu den „besonderen Anstalten zur Erleichterung des Verkehrs“ wird man sie jedoch nicht rechnen können und nur für diese dürfen auf „natürlichen“ Wasserwegen — und das bleiben die Ströme trotz aller auf sie verwendeten technischen Künste — Abgaben bis zur Höhe der Kosten erhoben werden. Vielfach ist die Gebührenfreiheit sogar ausgedehnt worden auf Häfen, Umladegeräte, Schleusen, die Staat, Provinz und Gemeinden an den natürlichen Wasserstraßen angelegt haben, unter Umständen auch auf Kanäle und kanalifizierte Flüsse.

Cohn u. Ulrich machen hier folgende Rechnung auf. Klein in Preußen sind in den Jahren 1880 bis 1890 zur Regulirung der großen und kleinen Ströme angewendet worden 81,15 Millionen Mark. Hierzu treten 74,81 Millionen, welche während des gleichen Zeitraumes für die Unterhaltung jener Ströme, und 47,14 Millionen, welche für sonstige Regulirungen der Wasserstraßen, einschließlich der Aufwendungen für Kanäle, Brücken etc., verausgabt wurden. Im ganzen sind daher etwas über 183 Millionen Mark für diese Wasserbauten angewendet worden. Außerdem hat aber die Her-

\*) Frühere Nachweisungen sind nicht möglich.

stellung künstlicher Wasserwege immer größere Staatsmittel beansprucht. Mit nicht weniger als rund 180 Mill. Mark sind die preussischen Staatsmengen allein an den Kosten der theils in Ausführung begriffenen, theils bereits ausgeführten großen Kanalprojekte in dem Zeitraum von 1880 bis 1890 theilhaftig. Das ergibt also an Regulirungs- und Unterhaltungskosten der großen Ströme durchschnittlich jährlich 18,81 Millionen Mark, und wenn man die für Herstellung künstlicher Wasserstraßen bewilligten 184 Millionen Mark ebenfalls auf zehn Jahre vertheilt, weitere 18,4 Millionen Mark jährlich. Dazu kommen dann noch an Personalkosten der Wasserbau-Verwaltung über eine Million Mark jährlich, so daß etwa 88 Millionen Mark für Preußen allein herauskommen. Dagegen haben nach einer Berechnung von Schimper die durchschnittlichen Jahreseinnahmen der sämtlichen deutschen Wasserstraßen von 1881 bis 1890 nur 2 Millionen Mark betragen, also wenn man dieselben ganz für Preußen nehmen wollte, nicht entfernt die Kosten deckt; es bleiben 86 Millionen Mark, welche Preußen allein für seine Wasserstraßen ausgegeben hat. Von einer Vergütung der schon früher angewendeten Kapitalien ist gar keine Rede.“ (Ulrich.)

Daß zwei Verkehrswege, die so vielfältig mit einander konkurriren wie die Eisenbahnen und die Wasserstraßen, auf die Dauer nicht so verschieden zu behandeln sind, wird jedermann einleuchten. Entweder man behandelt auch die Eisenbahnen nicht wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen oder gar wie ein ertragreiches Stenermonopol — oder man steigert auch die Abgaben und die Interessentenleistungen für die Wasserstraßen.

Wie die Dinge bei uns liegen, muß man mit der letzten Entscheidung als der allein wahrscheinlichen rechnen. Die Agrarier, welche die Einfuhr von fremdem Getreide und Holz am liebsten ganz schließen möchten, die Industriellen, welche von den Schiffahrtsgebieten entfernt liegen und die Konkurrenz der durch die billigen Wasserfrachten bevorzugten Nebenbuhler fürchten, die Eisenbahnen, endlich die Finanzminister drängen zur Abgabenerhöhung. Andererseits sind hier die Schuggüter in keiner Weise einig; die rheinisch-westfälische Industrie leidet von der billigen Wasserzufuhr von Kohlesteinen und Lebensmitteln und der Westen hat trotz des abgabefreien Rheins von Köln bis Lindau bereits die höchsten Getreidepreise in Deutschland.

Wieviel Wähler, bei denen der Eisenbahn- mit dem Schutzzoll-fanatismus zusammenwirkt, bereits in ihren Forderungen gehen, zeigt die letzte Schrift Ulrich's, der noch vor kurzem vortragender Rath im preussischen Eisenbahn- Ministerium war und heute Eisenbahn-Präsident in Kassel ist. Wir lesen da:

Mag man immerhin einen niedrigen Satz als Mindestsatz bei den Ausfuhrgütern anwenden und auch im Binnenverkehr, soweit dies zur Erhaltung bestehender wirtschaftlicher Verhältnisse nöthig erscheint, zunächst die Abgaben niedrig bemessen. Bei den ausländischen Gütern dagegen, welche auf unseren Wasserstraßen eingeführt werden, ist meines Dafürhaltens eine solche Schonung sehr übel angebracht. Warum soll z. B. das ausländische Getreide und Holz zu solch außerordentlich niedrigen Frachten auf den auf Staatskosten verbeferten Binnenwasserstraßen gefahren werden, während das inländische Getreide und Holz, welches die Wasserstraßen in nur geringem Maße benutzt und bewegen kann, die vier- bis achtfach höheren Frachten der Eisenbahnen zahlen muß? Warum soll das nicht nachgeholt werden, was man im Jahre 1879 verkannt hat, und warum soll man nicht ebenso, wie man damals auf den Eisenbahnen die Frachten für die Einfuhr ausländischer zollpflichtiger Güter erhöhte, hier durch eine höhere Abgabe die Transportkosten der auf dem Wasserwege eingeführten Güter in dem Maße erhöhen, daß die Transportkosten der Binnenwasserstraßen denen der Eisenbahnen ungefähr gleichgestellt werden? ...

Dazu gehört aber auch, daß wir uns die freie Verfügung nicht nur über unsere Eisenbahnen, sondern auch über unsere Wasserstraßen verschaffen. Die internationalen Verträge, wodurch wir behindert sind, auf Rhein und Elbe die Schiffahrt mit Abgaben zu belegen, müssen deshalb sobald als möglich beseitigt und der Artikel 54 der Reichsversammlung abgeändert werden, damit wir auf unseren Wasserstraßen wieder eigene Herren werden und anstatt der jetzigen internationalen freihändlerischen eine nationale, unserer Wirtschaftspolitik entsprechende Verkehrsregel einführen können.

Es ist die höchste Zeit, daß wir diesen Rest der Freihandelspolitik, der unsere Schutzzölle zum großen Theil unwirksam macht, androtten. Und selbstverständlich dürfen wir auch in den neuen Handelsverträgen uns in der freien Verfügung über unsere Verkehrsstraßen nicht binden. Dann sind wir in der Lage, uns besser als bisher vor der ausländischen Einfuhr schützen zu können, indem wir Schiffahrts-Abgaben auf unseren Binnenwasserstraßen erheben.

Natürlich aber müßte man bei den großen Strömen mit Aufhebung von Abgaben beginnen, nicht wie es jetzt geschieht, mit den Kanälen und kanalifirten Flüssen. Denn das liegt auf der Hand, daß, wenn man den Dortmund-Emskanal und den kanalifirten Main mit Abgaben von irgend welcher Erheblichkeit belastet, während die Rheinstraße ohne Abgaben bleibt, man nur die ersten schädigt, ohne den großen ganzen zu nützen. Die großen Ströme haben die niedrigsten Frachten und können deshalb Abgaben am ersten vertragen.

Man sieht, der Kampf gegen die Kanäle wächst mehr und mehr über die alte Streitfrage hinaus, ob man etwas rascher oder langsamer bauen oder diesen und jenen Kanal ganz ablehnen soll. Wie in den siebziger Jahren gegen die Differentialtarife der Eisenbahnen, entwickelt sich jetzt auf der ganzen Linie ein Generalangriff gegen die bisherigen Grundlagen der Strom- und Kanalpolitik überhaupt. Wie die Eisenbahnen, so sollen auch die Wasserstraßen den herrschenden zollpolitischen Bestrebungen untergeordnet und zu Werkzeugen der Verschärfung der Schutzzölle gemacht werden.

Da auch in einflussreichen Industriekreisen der Sieg dieser Anschauungen als ein tödtlicher Schlag empfunden werden würde, so werden diese Pläne wohl nicht gleich in den Himmel wachsen. Kommen wird die Auseinandersetzung jedoch, und wahrscheinlich sehr bald schon.

Kohales.

Die Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises seien nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß heute in Treptow im Victoria-Garten ein Sommerfest stattfindet, zu dem ein recht zahlreicher Besuch erwünscht ist.

Wie Berlin vor einem Streik der Schlächtergefelln glücklich bewahrt wurde, davon giebt die „Central-Beisitzer-Zeitung“ folgende Kunde. Dieselbe berichtet nämlich über eine am vorigen Sonntag stattgehabte Versammlung Berliner Junggefelln, welche der Gefellen-Ausschuß einberufen hatte, um einige der in letzter Zeit laut gewordenen Mißstände und „Wünsche“ seitens der Gefellen zu besprechen. Wenn die Junggefelln schon anfangen, „Wünsche“ — wenn auch bescheidene — zu hegen, da muß dem doch wohl etwas faul sein in den Arbeitsverhältnissen des Berliner Fleischergewerbes. Besagte „Wünsche“ betrafen nun in erster Linie das Herbergwesen, bezüglich dessen verschiedene Mißstände gerügt wurden. Im weiteren wird als ein Uebelstand, unter welchem die Meister wie die Gefellen gleich zu leiden

hätten, die jetzt übliche Sonntags-Rückbildung bezeichnet und verneint, daß die Rückbildung besser an einem Wochentage erfolgen könne. Sodann wurde die lächerliche Behauptung aufgestellt, daß in „gewissen“ großen Schlächtereien die zulässige Zeit der Sonntagsarbeit weit überschritten werde. Da nun die Junggefelln nicht ganz „unter sich“ geblieben waren, sondern auch eine Anzahl nicht zur „Brüderchaft“ oder zum „Verein der Engros-Schlächtergefelln“ gehörige Gefellen Eingang gefunden hatten, so gab es über die Zustände im Schlächtergewerbe hitzige Debatten, im Verlauf derer mit der Einderung einer öffentlichen Versammlung und eventuell mit einem Streik gedroht wurde. Einem wohlbelakanten Ehrenmitglied der „Brüderchaft“ gelang es indessen, die hochgehenden Wogen der Erregung zu glätten, indem er Harmonie-Oel salbungsvoll auf die selben träufelte. Der Gefellen-Ausschuß, die Innung, sowie die gesamte ehrenwerthe Meisterchaft hätten, seiner Bekundung nach, das höchste Interesse daran, hervorgetretene Uebelstände zu beseitigen und „berechtigter“ Forderungen der Gefellen zu berücksichtigen, denn zwischen Meistern und Gefellen gebe es im Schlächtergewerbe, Gott sei Dank! keine Gegensätze! Er warnte davor, Clementen Gehör zu

schicken, deren Bestreben sei, diese Einigkeit zu lockern und den Frieden zu stören. In den Vereinigungen der Gefellen sei aber kein Boden und Platz für Agitation und Hütche! — So wurde Beschluß vor einem drohenden Streik bewahrt und der Gefellen-Ausschuß beauftragt, mit dem Innungsvorstande in gewohnter Harmonie alles zu regeln.

Der Wollmarkt kam am 14. August d. J. auf ein 200jähriges Jubiläum zurückblicken — auf das seiner ersten Verschönerung. Auf dem „Markte“, dem ältesten Berlin — schon im 14. Jahrhundert führte er den Namen Wollmarkt nach einer dort belegen gewesenen Kuppelkeller des Wollenshofs — wurden im Jahre 1698 am 10. Sonntage nach Trinitatis trotz des damals schon bestehenden Sonntagsgesetzes die Strambuden weggenommen, damit der Markt zur Feier einziehender Fürsichtlichen als Paradeplatz benutzt werden konnte. Die Wuden wurden nach dem Neuen Markt gebracht, wo sie auch verblieben. Ueber die ferner wenig bekannte Geschichte des Wollmarktes, die jedoch gerade jetzt, wo dem Plage so große Veränderungen bevorstehen, großes Interesse erregen und über die an den Stammtischen der „alten Berliner“ gegenwärtig fleißig diskutiert wird, erzählt die Chronik,



Doch im Jahre 1728 König Friedrich Wilhelm I. nach Schlichter's Modell die Bildsäule seines Vaters hier aufstellen ließ und den Platz „Königsmarkt“ nannte. Dieser Name kam aber nicht in Aufnahme, da die Bildsäule des Königs bald wieder fortgenommen wurde. Das Haus Nr. 1, das einst als Polizeipräsidium diente, war lange Zeit hindurch der Wohnort hervorragender Persönlichkeiten. Dort wohnte 1572 der kurfürstliche Kanzler Lampert Verelionier, im Jahre 1645 der um das Salzweesen in Berlin und in der Mark Brandenburg verdiente Graf v. Lynar. Nachher besaß das Gebäude der Ober-Marschall v. Grumbow und später General v. Dönhoff. Im Jahre 1778 wurde das Haus der General-Tabaks-Kompagnie überlassen, und als diese aufgehoben wurde, kam es an den Fiskus und 1791 an den Magistrat zur Einrichtung des Stadtgefängnisses. Wie lange noch, dann wird auch dieses Stück „Alt-Berlin“ fallen. — Zu bemerken ist noch, daß im 17. Jahrhundert das Haus Nr. 13 am Molkenmarkt die „Küche“ — nicht „Küpe“ hieß (ein Gasthaus in der Nähe bezeichnet sich heute so) — vor welchem der Roland als Sinnbild der höheren Gerichtsbarkeit der Stadt stand. Als die Stadt Berlin vom Kurfürsten Friedrich II. im Jahre 1448 mit dem Verluste ihrer Vorrechte, wozu auch die eigene Gerichtsbarkeit gehörte, bestraft wurde, zerfiel man auch den Roland.

**Die neue Sommeruniform der Schuhmannschaft** gelangt gegenwärtig zur Ausgabe. In den letzten Tagen haben auf jedem Meier einige Beamte die neuen joppenartigen Stoffjackets erhalten. Dieselben sind von tiefviolettblauer Farbe, vollständig glatt, mit Umlegekrempen. Der letztere ist mit einer weißen Litze eingefast. Auf den Schultern sind zwei schmale hellblauer Streifen, Ärmelknöpfe ähnlich, angebracht, auf denen die Nummer der Beamten befestigt ist.

**Der Kampf gegen die Konsumvereine** soll nach dem Vorgehen der Fleischmeister im Südost-Stadtheil nun auch von den Bäckermeistern aufgenommen werden. Bereits wird mit Hochdruck Stimmung unter denselben gemacht und soll in nächster Zeit eine Versammlung derselben einberufen werden, um in dieser Angelegenheit verbindende Beschlüsse zu fassen.

**Sehr übertriebene** und zum theil vollkommen unrichtig hat sich die Litteratur eines Berichterstatters erwiesen, der über angeblich große Ausschreitungen vor dem Bau Hufstenstr. 40 zu berichten wußte und die auch wir gestern in kurzen Auszügen brachten. Wir erhalten darüber von der Lokalkommission der Mauer folgende Schilderung des Vorganges: Es ist zunächst vollkommen unrichtig, daß die Arbeiter irgend wie bei dem Verlassen der Arbeit belästigt wurden oder auch von den Streikenden starke Anweisungen vor der Baustelle stattgefunden haben. Von den Streikenden stand am Donnerstag Abend, als sich der Vorfall abspielte, kein Mann an der Usedom- und Brunnenstraßen-Ecke, dem der Kolier und der Meister das Zeugnis ausstellen mußten, daß er ein ruhiger und solider Arbeiter ist. Als sich dieser eben im Gespräch mit einem Manne, der garnicht mit dem Streit zu thun hatte, befand, kamen um die angegebene Zeit 4-6 auf dem Bau beschäftigte Maurer vorbei, die, wohl in Folge des behördlichen Schutzes, der ihnen in reichlichem Maße zu theil wird, auf den ruhig dastehenden streikenden Maurer die heftigsten Schimpfreden häuften. Ihr Muth steigerte sich bald so, daß sie zu Thätigkeiten übergingen und der Angegriffene den Schutz eines Kriminalbeamten in Anspruch nehmen mußte. Selbstverständlich sammelte sich in dieser lebhaften Gegend eine große Menschenmenge an, die dann allen möglichen Gerüchten Verbreitung schaffte. Vollständig aus der Luft gegriffen ist die journalistische Mittheilung, die Beamten hätten mit blanker Waffe einzuwirken müssen. Bemerkenswert sei noch, daß gegen die Schläger Strafantrag gestellt wird und man beabsichtigt, einen der Kriminalbeamten zur Zeugnisleistung heranzuziehen.

**Abwardt** ist ein Strafmandat aus Erfurt zugegangen, weil er am Schluß einer dort abgehaltenen Versammlung eine Geldsammlung veranstaltet hatte, ohne eine behördliche Genehmigung dazu gehabt zu haben.

**Zu der Auffindung der Hedwig Krüger**, deren Verschwinden seinerzeit zu den abenteuerlichsten Gerüchten Veranlassung gab, und vielfach mit einem Verbrechen in Verbindung gebracht wurde, erfahren wir noch folgendes: Trotz aller von den Eltern zur Anwendung gelangten Strenge bereitete Hedwig Krüger ihren Angehörigen doch schon seit vielen Jahren Kerger und Sorge. Weder in der Häuslichkeit noch in der Schule war sie zu fesseln, vielmehr zeigte sie schon seit Jahren einen Hang zum Luthertreuen und hatte sich auch schon wiederholt aus der elterlichen Wohnung entfernt und verstreut gehalten. Was sie an dem Tage ihres Verschwindens veranlaßt hat, der elterlichen Bewachung fern zu bleiben, ist noch unklar; das Mädchen selbst verweigert jede Auskunft darüber. Auffällig ist übrigens, daß der richtige Name der Kleinen nicht früher festgesetzt worden ist. Sofort nach ihrem Verschwinden wurde der Polizei wie auch der Presse genaue Mittheilung über Aussehen und Kleidung der Krüger gegeben und wiederholt das Mädchen unter ihrem angenommenen Namen Müller bei der Polizei eingeliefert worden war, und sie dort nur ungenaue und unzuverlässige Angaben über ihre Personalmode, ist doch nur durch einen Zufall jetzt erst der richtige Name ermittelt worden.

Man sollte auch annehmen, die Polizei müßte in solchen Fällen Recherchen über die Angaben des Mädchens veranlassen, dann war mit Leichtigkeit festzustellen, daß die angeblich verstorbenen Eltern garnicht existiren. Die Fälschung der Polizei, abgesehen von politischen Dingen, ist ja in letzter Zeit wiederholt Gegenstand der Kritik gewesen. Wie es scheint, ist aber diese Kritik ganz spurlos an leitender Stelle vorübergegangen, wie dieser Fall aufs neue beweist.

**Ein Ringeyer als Radfahrer** hat mit Hilfe eines Komplizen am Donnerstag Abend um 9 1/2 Uhr einen erst kurze Zeit in Berlin anwesenden Mann namens L. aus der Friedrichstraße mit Leichtigkeit eingefangen. Als L. die Friedrichstraße entlang ging, trat an der Vestelstraße ein nicht besonders gut gekleideter Radfahrer auf ihn zu mit der Bitte, ihm die Zimmerstraße zu zeigen. Er sei hier fremd, habe sein Geld verbraucht und müsse noch einen sehr werthvollen Ring verpfänden, um einen Gasthof auffuchen zu können. In diesem Augenblick stellte sich als „Fahmann“ der Komplize ganz zufällig zu den beiden, schloß den Ring an mindestens 100 M., kaufte ihn für 40 M., hatte aber kein Geld bei sich. Inzwischen war L. schon gemacht aus das Werthstück, hatte 20 M. geboten und die Geldstücke in der Hand, als der Radfahrer sich schon entfernte, weil ihm scheinbar der Handel leid geworden war. Der Helfer nahm nun L. mit den Worten: „Nun schneid, sonst geht der uns weg; wir verdienen jeder 10 Thaler dabei“, die Geldstücke aus der Hand und gab ihm den Ring als Pfand, bis er aus seiner nahe gelegenen Wohnung das Geld geholt haben würde. Er empfahl noch besonders den sehr edlen Stein des Ringes der sorgfältigsten Behandlung. Natürlich blieb der „Goldschmied“ mit der 28 M. enthaltenden Geldstücke verschwand. Den Werth des Ringes, ein einfacher gelber Blechreifen mit weißem Glas, begutachtete später ein wirtlicher Fachmann auf noch nicht 25 M. Werth. — Der Radfahrer ist kleiner als sein Wirtschwinder und trug einen weißen Strohhut. Der andere hatte einen dunklen Anzug und einen schwarzen Schlapphut.

**Hörnlich zu Tode geschleift** wurde vor einigen Tagen ein Schaffer Lindemann zu P e h d e n i d. Er saß zusammen mit dem Inspektor des Amtes Heddenik auf einem Einspänner. Plötzlich fielen das Pferd, ging durch die Sträucher entlang. Während der Inspektor sich durch einen lässigen Sprung rettete, wurde L. vom Wagen geschleudert, blieb aber mit den Füßen so unglücklich im Nardegestrich des Wagens hängen, daß er die ganze Strecke auf dem Pfaster geschleift wurde. Ein Milchwagen, mit welchem der Durchgänger laramboldirt, brachte diesen schließlich zum Lieben, wobei L. noch einmal hoch in die Luft geschleudert wurde. Hülfsbereite Leute befreiten den bewußtlosen Mann, der am Hinterkopf sichtbar verletzt war, aus seiner Lage und schafften ihn auf dem unbeschnitten gebliebenen Fuhrwerk in das städtische Krankenhaus, wo ihm ärztliche Hilfe zu theil wurde. Die Verletzungen am Hinter-

kopfe und am Rückgrat sind jedoch schwer, daß er wohl kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

**Ueber einen tödtlichen Unfall** in der Garde-Kürassier-Kaserne wird berichtet: Am Donnerstag vormittag um 11 Uhr hatte der Kürassier Emil Bloch von der dritten Schwadron, der sich auf Stallwache befand, auf dem Stallboden zu thun. Als er auf einer eisernen Leiter wieder herunterstieg, hat er wahrscheinlich schielgetreten. Im Stall hörte man das Aufschlagen des aus beträchtlicher Höhe herabgestürzten Körpers auf das Pflaster und fand Bloch, der seinen Laut mehr von sich gab, mit einer schweren Kopfwunde beunruhigt. Ein Assistenzarzt legte ihm sofort einen Verband an und brachte ihn nach dem Garnisonlazareth II in Tempelhoof. Dort ist Bloch am Freitag Morgen um 5 Uhr der Verletzung erlegen.

**Der Verlust des Gehörs** hat den 19 Jahre alten Schuhmacherlehrling Friedrich Herrmann in den Tod getrieben. Er war seit 1 1/2 Jahren bei dem Meister V. Schumannstr. 4, in der Lehre, blieb aber in der Fachschule zurück und konnte auch sonst seinen Posten schlecht anfüllen, weil er seit mehreren Jahren durch Krankheit das Gehör eingebüßt hatte. Das empfand er schwer. Am Montag Abend hatte er für den Meister geliefert und war dann aus der Wohnung verschwunden. Am Donnerstag Morgen wurde seine Leiche an der Gogolowskybrücke gelandet. S. war Waise, aber nicht unbemittelt.

**Zu Bethanen gestorben** ist der 41 Jahre alte Dachdecker Emil Konsonius aus der Mantelstr. 71. W. war nach Beendigung seiner Arbeit im Hause Rathenowerstr. 76 infolge eines Fehltritts von der Treppe gestürzt und hatte eine Gehirnerschütterung erlitten, die seinen Tod herbeiführte. Konsonius hinterläßt eine Frau mit vier Kindern im Alter von 14 bis zu 5 Jahren.

**Ein schwieriges Rettungswerk** vollbrachten vorgestern Nachmittag mehrere Schiffer am Spandauer Schiffahrtskanal. Ein junges Mädchen, welches gegen 6 Uhr das Südufer passirte, schwang sich plötzlich über die Brüstung der Böschung hinweg und stürzte sich in das Wasser. Mehrere Schiffer, die den Selbstmordversuch beobachteten, setzten sofort ihre Röhre los, um die Lebensmüde zu retten. Diese aber, eine außerordentlich geschickte Schwimmerin und Taucherin, wußte wohl eine Viertelstunde lang den Bemühungen ihrer Retter Widerstand entgegenzusetzen. Erst als die Kräfte des Mädchens erlahmten, gelang es, die Selbstmörderin in einen Kahn zu ziehen und ans Ufer zu bringen. Da das Mädchen Angaben über ihre Personalien verweigerte, hat dessen aber erklärte, daß es doch noch einmal ins Wasser gehe, müßte es zu seiner eigenen Sicherheit der Polizei übergeben werden.

**Von einer wüthenden Katze** schwer verletzt. Am Donnerstag Nachmittag passirte in Begleitung eines Hundes ein sechzehnjähriger Arbeitliche den hinter dem jüdischen Friedhof in Weichensee belegenen Feldweg und bemerkte auf dem Felde eine Katze. Er hakte den Hund auf das Thier, welches ruhig sitzen blieb, den Feind herankommen ließ. Ehe der Hund jedoch zubeißen konnte, sprang die Katze auf den Kopf des Geheures und richtete das heulende Thier lächelnd zu. Der Bursche, der den Hund befreien wollte, packte die Katze am Genick; er mochte aber wohl nicht fest genug zugegriffen haben, denn es gelang dem Vieh, sich frei zu machen, und nun sprang das wüthende Thier ihm ins Gesicht. Bevor auf sein Geschrei Hilfe herbeikam, hatte der junge Mann schon schwere Kratzen und Wunden erlitten. Wahrscheinlich wird ihm die sehr heilsame Lehre zu theil werden, daß er in Zukunft diesen Jagdpost unterläßt.

**Durch die nutzhige That** eines fünfzehnjährigen Burschen, des Dreherlehrlings Ernst Varnick, Stralsunderstr. 14, wurde Donnerstag Nachmittag in der Stralsunderstraße, Ecke Brannenstraße, ein größeres Unheil abgewendet. Der vor ein Braut gepaarte sehr feurige Gaul des Schlächtermeisters Jennale aus der Schönholzerstraße 6, der ohne Aufsicht vor einem Hause gestanden hatte, schaute plötzlich durch das Klingeln der elektrischen Straßenbahn und jagte wild, den Wagen bald rechts und links hinter sich herschleudend, die Straße entlang. Da warf sich der fünfzehnjährige Bursche mit Todesverachtung dem schreien Gaul in die Fügel und es gelang dem Knaben auch, das Thier noch, ehe es ein Unheil angerichtet hatte, zum Stehen zu bringen.

**Zu religiösen Wahnsinn verfallen.** Der Kapellmeister Robert Erben, ein in der Bühnenwelt sehr belannter und beliebter künstlerischer Musiker, der seit einigen Monaten hier in der Wilhelmstraße eine Wohnung inne hatte, ist in religiösen Wahnsinn verfallen und mußte gestern als gemeingefährlich von der Polizei aus seiner Wohnung abgeholt werden.

**Bei der Abringung der elektrischen Oberleitung** für die Straßenbahn an der Draniensbrücke wurde der Hilfsmonteur Josef Schmechel durch einen herabhängenden Tragdraht, der durch einen vorübergehenden Omnibus plötzlich mißgerissen wurde, von dem Montagewagen herabgeschleudert und so schwer am Kopfe verletzt, daß er bald darauf im Krankenhaus am Urban den Geist aufgab.

**Das Deutsche Theater** giebt auch in der neuen Spielzeit ein unpersonliches Abonnement auf 40 Donnerstagsabende zu ermäßigten Bedingungen aus. Die erste dieser Abonnements-Vorstellungen findet am 8. September statt. Anmeldungen sind an die Theaterkasse zu richten. — Die Einnahmen von Sudermann's „Johannes“ im Deutschen Theater, der am Mittwoch an dieser Bühne seine 80. Aufführung erfuhr, haben die Summe von einer viertelmillion Mark bereits überschritten, so daß die Durchschnittseinnahme des Stückes, trotzdem zahlreiche Aufführungen in die Sommermonate fielen, noch immer mehr als 3000 M. pro Abend betragen.

**Die Poliklinik für fränke Kinder** von Dr. Hauser, Johannistr. 14/15, ist vom 13. August bis 11. September geschlossen.

**Zur Lokalliste.** Die freie Vereinigung selbstständiger Barbier, Friseure etc. veranstaltet, nach einem Versammlungsbericht des „Vorwärts“, am 15. d. M. einen Ausflug nach Zintenlug; da in diesen Ort sämtliche Lokale gesperrt sind, werden alle Genossen, welche Mitglieder obiger Organisation sind, ersucht, diesen Ausflug fernzubleiben, um nicht zum Nachtheil der Lokalliste seitens einer, angeblich auf unserem Boden stehenden Organisation beizutreten. Die Lokalkommission.

**Feuerbericht.** Donnerstag Nachmittag war Lindowerstraße 15 beim Theerochen ein kleiner Brand entstanden, der aber bald gelöscht werden konnte. Kurz darauf brannten in der Friedrichstraße 6 Papierkartons. Pflanzstängel brannten in der Behr nach Al. Andreasstr. 19 und Grohrgärchenstr. 2a. Köpningerstraße 176 gingen Gardinen und Möbel in Flammen auf.

### Aus den Nachbarorten.

**Grünan.** Am heutigen Sonnabend hält der hiesige Arbeiter-Verein im Lokal von Lindenham einen Sommernachtsball ab, wozu alle Freunde und Bekannte freundlichst eingeladen werden. Das Komitee.

**Der Arbeiter-Bildungsverein für Friedenau und Steglitz** unternimmt am Sonntag, den 14. August etc., eine Besichtigung der Sternwarte in Dreptow. Billets sind beim Gastwirth Schellhase, Ahornstr. 15a, zu haben.

**Die regierungsseitige Festsetzung** hat nunmehr die Lehrer-Befoldungsordnung erhalten, welche die Gemeindeverwaltung von Dritz am 27. Mai d. J. beschlossen hatte. Die Gehaltsverhältnisse stellen sich demnach folgendermaßen: Grundgehalt 1200 M., Alterszulage 200 M., Mietbeweisaufschlag für verheiratete Lehrer 300 M., für unversehrte Lehrer sowie für Lehretinnen 200 M.

**Schredlich verbrannt.** Ein fünf Jahre altes Mädchen, das einzige Kind eines in Schöneberg wohnenden Pferdehändler's Wobig, zog sich am Donnerstag schwere Verbrennungen zu. Die Mutter der Kleinen war auf den Markt gegangen und hatte das Kind der Obhut einer bei ihr wohnenden Schwester anvertraut. Das Mädchen hatte nun in der Wohnung unbemerkt eine Schachtel Streichhölzer an sich genommen, war damit auf den Hof gegangen und hatte dann in dem Thorweg des Vorderhauses mit den Streich-

hölzern gespielt. Hierbei fingen nun plötzlich einige Zündhölzer Feuer und gleich darauf standen auch die Kleider des Kindes in hellen Flammen. Auf das laute Angeschrei des Mädchens eilten entsetzt eine Menge Hausbewohner, darunter auch die Tante der Kleinen, auf den Hof, und man wollte schon daslichterlos brennende Kind unter den Hofbrunnen schleppen, um so die Flammen zu löschen, als zum Glück im letzten Augenblick ein in dem Hause wohnender Schlichtermeister Rieg dazu kam, das Kind sofort zu Boden warf und durch Rollen den Brand erlosch. Das arme Mädchen war aber an der Brust und besonders am Hals und Gesicht fürchtbar zugerichtet.

### Vermischtes vom Tage.

— Sieben Schiffer sind beim Krabbenfang in der Ostsee bei Kiel ertrunken. —

— Zwei Söhne eines Bauern, 17 und 19 Jahre alt, ertranken beim Baden in Rogauen bei Darkehmen. —

— Während eines starken Sturmes strandete in der Dithmarscher Bucht ein Segelschiff. Die vier Mann starke Besatzung ertrank. —

— Sämtliche Gebäude einer großen Mühle in Salzwedel wurden von einem angelegten Feuer zerstört. —

— Bei Weisklein in Schlesien stieß ein Häuer eine Dynamitpatrone in den Mund und zündete sie an. Der Kopf wurde ihm vollständig vom Rumpfe abgerissen. —

— Vollenbruch und Hagelschlag verwüsteten die Gegend von Gleichenberg. Ein Dammbau unterbrach den Bahnverkehr zwischen Rehding und Hirschenfeld. —

— Wegen unglücklicher Familienverhältnisse ertränkte sich eine Kaufmannsrau aus Germersheim mit zwei Kindern im Rhein. —

— Ein Wiener Straßenerlehrer verletzte seine Frau durch einen Revolververstoß schwer. Dann tödtete er sich selbst durch drei Schüsse. —

— Ein Durchgangs zug und ein Güter zug stießen am Donnerstag Abend bei Pontedecimo in der Nähe von Genua zusammen. Die Passagiere des Güterzuges waren in einem Tunnel unter dem Gipfelpasse vom Schuttlage getroffen worden; der Zug war somit sich selbst überlassen, lief rückwärts und fuhr in den anderen Zug hinein. Der Zusammenstoß war fürchtbar. Neun Personen wurden getödtet, vierzig verwundet. Man befürchtet, daß noch mehr Verletzte unter den Trümmern liegen. —

— c. e. Beim Flecken Schirolaja im Gouvernement Cherson sind reiche Erzlager entdeckt worden. Die Preise für das Land schnellten in der Gegend sofort außerordentlich hoch. —

— In Kasan geriet ein Stadtteil in Brand. Mehrere Fabriken und Kasernen sowie mehr als hundert andere Gebäude sind eingestürzt. Das Feuer dauert bei heftigem Wind fort. —

— Ein Goldklumpen von 87 Pfund Gewicht ist bei Kanowna in Westaustralien aufgefunden worden. —

### Witterungsübericht vom 12. August 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. g. 6 u. 9 u.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. g. 6 u. 9 u.
Szolnoda	770	W	1	Dunst	18	Sapananda	767	W	2	Wolkent	12
Hamburg	770	SW	1	hebeht	18	Petersburg	768	W	1	hebeht	16
Berlin	770	SW	1	hebeht	19	Kort	751	W	4	Regen	16
Wiesbaden	769	SW	1	wolkent	16	Ardenen	768	W	2	Wolkent	17
München	770	W	4	wolkent	16	Paris	769	W	1	wolkent	18
Wien	768	W	2	hebeht	15						

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 13. August 1898.**  
Etwas wärmer, zunächst noch heiter, nachher zunehmende Bewölkung und etwas Regung zur Gewitterbildung bei mäßigen südöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
(Verwaltungsstelle Berlin).  
**Todesanzeige.**  
Am 10. d. M. hat unser Mitglied, der Schmittarbeiter [113/3]

**Augusti Putzke.**  
Ehre seinen Andenken. — Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. August, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Reiner Anstaltshofes, Hermannstraße, 2, statt.  
Um rege Theilnehmung erucht  
**Die Gräberverwaltung.**

**Todes-Anzeige.**  
Am 10. August, abends 8 Uhr, verschied unser Kollege, der Mechaniker  
**Fritz Schneider.**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Konigl. Kirchhofes in der Bergmannstraße 403b.  
Die Kollegen der Maschinenfabrik O. Stein, Blumenstraße 24.

Von der Reise zurückgekehrt.  
**Dr. Steiner, Veterinär 132, I.**  
**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.**

Sonntag, 14. Aug. 1. Tour in Freienwalde. 63 km. Abfahrt 6 Uhr. Brennpower-Tour. Donnerstag, 18. August: Götterverammlung (Silden) bei Gwald. Schlußfeier 6. NB. Billets zum Situngssest sind dort zu haben. Der Vorstand.

**Steinsitzer-Sammelliste** von G. Meier verloren. Alle die darauf gezeichnet haben, wollen sich am Sonntag, den 14. d. M., 10 Uhr vormittags bei Feinm. Charlottenburg, Vorstadtstr. 5, einfinden.

**Frauen-Sterbekasse** für Mitglieder der **Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler etc.** (Örtliche Verwaltung Berlin E.) Mitglieder-Versammlung am Montag, den 22. August 1898, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Köhling, Admiralftr. 18a, War. Fischer Hof, Oberer Saal. (187/12)

**Arbeitsmarkt.**  
Ein Mädchen für alles wird sofort oder zum 1. September verlangt. Annaburg, Prinz-Albertstr. 6a, im Zigarrengeschäft.

**Kontrollenverlei** von 3000 Mark. 20 Stubezimmerleute d. h. 20 h. Lohn. 20 Stubezimmerleute (sofort d. h. 20 h. Lohn) verlangt. David Riese, Jagstr. 25.

**Arbeitsmarkt.**  
Ein Mädchen für alles wird sofort oder zum 1. September verlangt. Annaburg, Prinz-Albertstr. 6a, im Zigarrengeschäft.

**Arbeitsmarkt.**  
Ein Mädchen für alles wird sofort oder zum 1. September verlangt. Annaburg, Prinz-Albertstr. 6a, im Zigarrengeschäft.

**Arbeitsmarkt.**  
Ein Mädchen für alles wird sofort oder zum 1. September verlangt. Annaburg, Prinz-Albertstr. 6a, im Zigarrengeschäft.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Sonabend, den 13. August.  
Neues Opern-Theater (Kroll).  
Fra Diavolo. Orientalisches Tanz-  
büh. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Johannes. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Leistung. Im weißen Röckl. Anfang  
7 1/2 Uhr.  
Neubaus. Momentaufnahmen. Ab-  
schieds-Sommer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Der Unterpräfekt. Vorher:  
Im Reglig. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Westen. Alessandro Straballa.  
Cavalleria rusticana. Anfang  
7 1/2 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches.  
Zwei Tage Millionär. Anfang  
8 Uhr.  
Ostend. Die Waife aus Tomwood.  
Anfang 8 Uhr.  
Thalia. Der Trompeter von Saffingen.  
Anfang 8 Uhr.  
Velle. Alliance. Herr und Frau  
Doctor. Anfang 8 Uhr.  
Alexanderplatz. Der Todhädiger.  
Anfang 8 Uhr.  
Hraunk. Taubenstraße 48-49.  
Notarkundliche Ausstellung. Täglich  
geöffnet von 10 Uhr vormittags  
ab. Eintritt 50 Pf.  
Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches  
Theater.  
Jubalidenstraße 57/62. Täglich  
abends von 8-10 Uhr: Stern-  
warte, Operntelephon.  
Apollo. Don Juan in der Hölle.  
Anfang 9 Uhr.  
Passage. Panoptikum. Spezialität-  
Vorstellung.  
Reichshallen. Spezialitäten. Vor-  
stellung. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstheater.  
Chausseest. 25/26.  
Umwettbewerb  
vorletzter Woche  
der Filiputaner  
vor deren Adresse nach Amerika  
in ihrem großen Erfolg:  
Zwei Tage Millionär.  
Sonntags 2 Vorstellungen.  
Kinder zahlen nachmittags die Hälfte.  
Ostend. Carl Weiß-Theater.  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Die Waife aus Tomwood  
Schauspiel in 5 Akten  
von Charlotte Birch-Pfeiffer.  
Anfang 8 Uhr.  
Borggebäude, auch die bereits aus-  
gegebenen, haben Gültigkeit.  
Sonntag: Deborah.  
Ostend-Theater-Konzert-Garten.  
Großes Sommerachtsfest.  
Max Grabow, Tanz-Komiker. Deta  
Waldau, Bravour-Soubrette. Rudo  
Kröhl, Equilibrist. Geschw. Petram.  
Theater-Fantochs. The two Torres.  
Theater-Vorstellung. Konzert.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Garten-Passepartout haben Gültigkeit.

**Urania**  
Taubenstr. 48/49.  
Täglich:  
Vom Matherhorn z. Jungfrau.  
Invalidenstr. 57/62:  
Sternwarte.  
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.  
**Passage-Panopticum.**  
Théâtre-Variété.  
Ohne  
Extra-Entrée.  
Fahrt auf dem  
Golf von Neapel.  
Fahrt durch  
Konstantinopel.  
Neu!  
Alpenglühn.  
Heute 25 Pf. Entree.  
Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

**Castan's Panopticum.**  
Major Grat  
Walsin-  
Esterhazy.  
Neu!! Lebende Bilder  
dargestellt von  
6 jungen schönen Damen.  
**Concerthaus**  
Leipzigerstr. No. 48  
Letzte Saison  
vor dem Abbruch.  
Täglich:  
Hoffmann's Quartett  
und Humoristen.  
Onkel auf Reisen.  
Anfang: Sonntags 7, Wochent. 8 Uhr.  
**Pahlmann's**  
**Vaudeville-Theater**  
Schönehauser Allee 148  
Berliner auf Kuba.  
Burdette in 2 Bildern v. Victor-Rocher.  
Vollständig neues Spezial-Programm.  
Anf. d. Konz. 4 1/2, d. Konz. 5 1/2 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Die Direktion: Ferd. Lehmann.

**W. Noack's Theater**  
Brunnen-Strasse 16.  
Täglich:  
Berlin, wie's lebt und liebt.  
Pöffe mit Gefang in 5 Bildern von  
R. Vinderey u. J. Selig.  
Musik von Gähner-Transé.  
Vorher:  
**Theodora.**  
Schauspiel in 1 Akt von Köppler.  
Auftritte von Spezialitäten.  
Im Saal: Tanzkavarschen.  
Restaurant zur Erholung.  
Köpenick, Kaulsdorferstrasse.  
Gr. Frühstücksisch. Ferd. Pole.

**Quisen-Theater.**  
34. Reichenbergerstraße 34.  
Eröffnung der III. Saison.  
Donnerstag, 18. August:  
Zum 1. Male:  
**Seine Puppe.**  
Großes Schloßstück mit Gefang in  
3 Akten, nach dem Französischen frei  
bearbeitet von Max Schönau. Musik  
von Fritz Krause.  
Die neuen Dekorationen: Billa am  
Bammer und Bremerhaven, sind aus  
den Ateliers von Franz Schulz,  
die National-Folklore aus den Werk-  
stätten von Berch u. Hildobom.

**Victoria-Brauerei**  
Lützow-Strasse 111/112  
(nahe Potsdamer Platz).  
Garten resp. Saal.  
Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
Wichel, Peters,  
Wittion, Steidl,  
Krone, Köhl,  
Schneider  
und Schrader).  
Anfang prägte 8 Uhr.  
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Familien-Billets à 1 Mark  
(siehe Katalog).  
Großartiges, stets  
wechselndes Programm!

**Prater-Theater,**  
Kobani-Allee 7/9.  
Schloss Trauenstein.  
Reizvollste Vorstellungen mit Gefang  
und Tanz in 4 Akten. von Hugo  
Schnitz. Musik von A. Kerl.  
Berg-Trio, höchst-gewinnliches Pot-  
pourri. The 3 Forleys, dänische  
Excentrics. Gebr. Alvaro, Grottesque-  
Quartett. Ely Viola, Posthumus.  
Mc. Kanella, Kaufmanns-Tänzer. Max  
Theo, Pantomime. Jan und Jim,  
Knock-out. Morleys, Fata Morgana.  
Ballet, Konzert und Ball.  
Anfang 4 Uhr.  
Eintritt 30 Pf., mm. Platz 50 Pf.  
Kalbo.

**Apollo-Theater.**  
Täglich um 9 Uhr:  
Don Juan in der Hölle.  
Gerö Gynlay . . . . . Edl. Blum.  
Sarella . . . . . Fanesi Tornay.  
Erdödy Arpad . . . . . Sigm. Lieban.  
Oberphosphor . . . . . Henry Bender.  
Satanlinden . . . . . Ada Milani.  
Koloman . . . . . Robert Steidl.  
Fiorette Fleury . . . . . Lina Goltz.  
Piccolino . . . . . Marg. Lieban.  
Ferner Auftreten von:  
Spezialitäten  
allerersten Ranges.  
Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

**Reichshallen**  
Garten-Theater.  
Leipzigerstr. 77.  
20 erstklassige  
Spezialitäten u. a.:  
The 9 Torpedoes!  
Trapnell-Family!  
Mlle. Giordani.  
Willon. - Antoni.  
Bermer „Bund“, das  
sprechende Pferd  
und die tollste Burleske:  
Berlin auf Stelzen!  
Anfang: Sonntags 7 Uhr.  
Wochentags 8 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
Vorher von 7 Uhr ab: Garten-  
Konzert.  
Bei ungünstiger Witterung im  
grossen Theatersaal.  
Familien-Vorstellung täglich  
giltig.

**W. Noack's Theater**  
Brunnen-Strasse 16.  
Täglich:  
Berlin, wie's lebt und liebt.  
Pöffe mit Gefang in 5 Bildern von  
R. Vinderey u. J. Selig.  
Musik von Gähner-Transé.  
Vorher:  
**Theodora.**  
Schauspiel in 1 Akt von Köppler.  
Auftritte von Spezialitäten.  
Im Saal: Tanzkavarschen.  
Restaurant zur Erholung.  
Köpenick, Kaulsdorferstrasse.  
Gr. Frühstücksisch. Ferd. Pole.

**AUSSTELLUNG AM KURPÜRSTENDAMM.**  
**Carl Hagenbeck's**  
**INDIEN**  
Schaustellungen in der Arana: Wochent. 6 u. 8 Uhr nachm.,  
an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr nachm.,  
im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.  
Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.  
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Brauerei-Ausschank**  
der Victoria-Brauerei, Stralau.  
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.  
Jeden Sonntag und Donnerstag: Großes Garten-Konzert  
und im elektrisch erleuchteten Meisensaal: Grosser Ball.  
Die Kaffeehalle ist den geehrten Damen von 2 Uhr an munterbrochen  
geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich beständig Sorge getragen.  
Um recht regen Zuspruch bitte hochachtungsvoll  
Karl Mittag, Deponom.  
53612\*

**Max Klemm's Sommer-Theater,**  
Safenhaide 14/15. - Wittlicher Volter: Paul Hilbitz.  
Täglich:  
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung  
Alma und Hans Bellini. Mlle. Dumont, Serpentina-  
Tänzerin. The Mezzetto's. Karl Gursch, Tanzkomiker.  
Paul Frey, Humorist. Franziska Wünsch, Operetten-  
sängerin. - Neu! Das Gänsegetel. Schloßstück in 2 Bildern  
von Johannes Gihner - Neu! Karoline. Schauspiel in  
1 Akt von Giv.  
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:  
Grosses Doppel-Konzert.  
In den Sälen: Grosser Ball.  
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 8 Uhr,  
Sonntags 5 Uhr.  
Max Klemm.

**Jägerhaus** Schönhauser Allee No. 103.  
Neu renov. Garten (6000 Personen fassend)  
mit neugebauter Bühne für Vereine. Großer  
Tanzsaal. 4 neu renovierte Kegelbahnen. -  
Grösste Volksbelustigungen in ganz Berlin.  
Kaffeehalle von 2 Uhr an geöffnet. 5307L\*

**Schweizer Garten.**  
Am Königs-  
Thor,  
Hallenstraße der  
Ringbahn.  
Täglich: Theater u. Spezialitäten-  
Vorstellung, Volksbelustigungen. Im Ball.  
An Wochentagen feierl. Damentanz. Auch in die  
Anfänge von 8-10 Uhr geöffnet. Anfang des  
Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.  
Bühnen- u. erlesenen Preise in Handlungen.  
Während der Vorstellungen empfehlen wir unser  
Zur Beachtung! Stabilliment (mit Vorstellung und Ball) zur  
Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonntags).

**4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Am Sonnabend, den 13. August 1898, in Carl Joël's Viktoria-Garten  
Köpnicker Landstrasse. **Treptow.** Köpnicker Landstrasse.  
**Chinesische Nacht**  
arrangiert von den  
Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises  
bestehend in  
**Großem Instrumental-Konzert**  
unter Leitung des Herrn W. Guttman.  
Gesangs-Aufführungen von Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes unter Leitung des Herrn Kypell.  
Volksbelustigungen aller Art.  
Große Verlosung von Japan- und China-Waaren direkt aus Kanton. - Im Saale von 4 Uhr ab:  
Grosser Ball. - Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf. - Die Kaffeehalle ist geöffnet.  
Das Komitee.  
215/15

**Verband der Vergolder!**  
Montag, den 15. August, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“,  
Kommandantenstraße Nr. 20:  
Mitglieder-Versammlung.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn C. Lankow: Die Einwirkung Frankreichs vom  
16. bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes  
und Fragekasten.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.  
225/11

**Verband der Möbelpolierer.**  
Montag, den 15. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, Andreasstraße 26:  
Versammlung.  
Tages-Ordnung: 1. Die Arbeitslosen-Unterstützung durch die Ge-  
werkschaften. 2. Bericht über Lohnänderungen. 3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
Möbelpolierer! Morgen, Sonntag Nachmittag Beschäftigung der Späth-  
lichen Baumwächte. Treffpunkt befindet am Hauptingang 2 Uhr oder Bahnh-  
hof Rixdorf 12 1/2. Bahnhof Baumwächte 1 1/2 Uhr. Kinder haben leider  
keinen Zutritt. Zahlreiches Erscheinen erwarten die Kollegen Riech und  
Schönberg.

**Achtung! Achtung!**  
**Luxuspapier-Branchen.**  
Diensttag, den 16. August 1898, abends 8 1/2 Uhr:  
Grosse Versammlung  
sämtlicher in  
Luxuspapierfabriken beschäftigter Arbeiter und Arbeiterinnen  
bei Senfcl, Invalidenstrasse 1a.  
Tages-Ordnung:  
1. Die traurige Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen und wie  
sann dieselbe gebessert werden? Referent: Frau Marie  
Greifenberg. 2. Diskussion über Mißstände in den Luxuspapier-  
fabriken. 3. Verschiedenes.  
Kollegen und Kolleginnen! In anbeacht der sehr wichtigen Tages-  
ordnung ist es Pflicht aller in obiger Branche Beschäftigten, vollständig zu  
erscheinen. Insbesondere sind die Kollegen und Kolleginnen von Hagenberg,  
Böttner & Comp., Lang & Wundsch, Hohenstein & Lange, Kutzner & Berger,  
Israel und Schwedtfeger & Comp., eingeladen.  
24/20 Die Vertrauenspersonen.

**Achtung! Britz. Achtung!**  
Sonntag, den 14. August 1898:  
**Großes Arbeiter-Sommerfest**  
bestehend in  
**Vokal- u. Instrumental-Konzert**  
unter gütiger Mitwirkung  
der Arbeiter-Gesangvereine Britz u. Schueglöckchen (Rixdorf)  
(Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes)  
und Mitgliedern der Freien Turnerschaft Rixdorf-Britz.  
Bei eintretender Dunkelheit:  
Kinder-Fackelparade, wozu jedes Kind eine Fackel gratis erhält.  
Im Saale: Großer Ball. 234/6  
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf. Das Comité.

**Herren-Filzhüte, alle Farben, 1 M.**  
nur neue moderne Sachen. 5076L\*  
Prima Qualität 1,50 und 2.-  
Die Arbeitshüte immer 65 Pf.  
belleiten noch  
**Hutfabrik-Comptoir Barnimstr. 4 u. 5.**

**Beste und billigste Bezugsquelle!**  
Gröfzung  
der  
Niederlage  
Staligerstr. 62  
Gede  
Wangel u. Vöbenerstr.  
bei  
Amandus Wronkow.  
57602\*

**Jede Uhr**  
reparieren und reinigen  
kostet bei mir unter  
Garantie d. Gutgehens  
nur 1 Mark 50 Pf.  
außer Bruch, kleine Reparaturen  
billiger. Großer Vorrat neuer und  
gebrauchter Taschenuhren, Regula-  
toren und Wecker, alle Arten  
ketten, sowie Uhren u. Vincenz  
Carl Lux, Uhrmacher,  
35 Chaussee-Strasse 35.  
Parierlokal verständig Vorbringer-  
straße 30. Müller. 3066

**Skandinavischer**  
**Handwerker-Verein.**  
Stiftungs-Fest  
am Sonnabend den 13. August,  
in den „Armin-Hallen“,  
Kommandantenstraße 20.  
Garten-Konzert, humoristische Vorträge  
und Tanz.  
Eintritt für Herren 75 Pf.  
Damen frei. 3116  
Die Mitglieder der Freien  
Volksbühne zahlen zur Nach-  
mittags-Vorstellung am Sonntag,  
den 14. August, zur Aufführung von  
Schiller's „Räuber“ für Vogen und  
Bautenil nur 50 Pf. 3036  
Die Direktion des Thalia-Theater.

**Apollo-**  
**Theater-Garten**  
**Rixdorf**  
Hermann-Strasse 48-50.  
Jeden Sonntag und Mittwoch:  
Gr. Spezialität-Vorstellung  
Auftritte berühmter Künstler.  
Bei ungünstiger Witterung findet  
die Vorstellung im Saale statt. (\*)  
Im Saale: Großer Ball.

**Ostbahn-Park.**  
Am Rixdorfer Platz.  
Direktion: H. Imbs.  
Täglich:  
Konzert, Theater und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Anfang des Konzerts:  
Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.  
Bei ungünstiger Witterung  
finden die Vorstellungen im  
großen Saale statt.  
Meine neuerbauten Festsäle  
sind den Vereinen zur Verfügung.

**Kleiner Saal u. Vereinszimmer**  
zu Hochzeiten u. Ge-  
sellschaften u. für Vereine zu vergeben.  
3919) Rebellin, Langestr. 108.  
**Alles Schützenhaus,**  
Vincenzstraße 5,  
empfiehlt seine neuen Säte. Jeden  
Sonntag Ball. 73006

**Restaurant Wilhelmsberg.**  
Triand' Ball-Salon  
vor dem Vondberger-Thor.  
Sonntag, 14. u. Montag, 15. August  
Erntefest nach landlicher Sitte  
und Gebrauch, wozu ergebenst einladet  
3840) G. Triand'.

**Wirthshaus zum Goldenen Stern,**  
Adlershof, Bismarckstr. 16.  
Jeden Sonntag: Tanzfrühchen  
bei freiem Entree. 55089  
Gr. Garten mit Sommerbühne.  
Angenehmer Familienaufenthalt.  
Tel. No. 30. Paul Schmauser.

**Waldhof zu den drei Linden**  
Cöpenick, Grünauerstr. 16.  
Garten, Kaffeehalle, Ausspannung  
49642\*) Hermann Görcke.  
Empfehle meine drei Restaurants:  
Käbezah!, am Rüggefelde,  
Taufelsee, Rüggefelde,  
Marienlust, a. d. Dahme,  
zwischen Grünau und Friedrichshagen,  
bei Fußpartien über die Rügge-  
felde. 47246\*

**C. Streichhan,**  
Besitzer des Kaiserhof's Köpenick.  
**Für Landpartien und**  
**Sommerfeste**  
empfehlen wir in großer Auswahl:  
Zioklaternen, Lampen, Fahnen,  
Papiermützen u. s. w., sowie Ver-  
losungs-Gegenstände. Händler u.  
Vereine erhalten die billigsten Engros-  
preise. 53392\*

**S. & G. Saulsohn, Berlin C.,**  
Kaiser Wilhelmstraße 19a.  
**Schönheit**  
zartes, reines Gesicht, blendend  
schöner Teint, rosiges jugendfrisches  
Aussehen, sammetweiche Haut, weiße  
Hände in kurzer Zeit durch „Crème-  
Benzols“. Unübertroffen bei rother  
und spröder Haut, Sonnenbrand und  
Hautunreinigkeiten. Unter Garantie  
franco gegen Mk. 2,50, Brief-  
marken oder Nachn. nur durch  
Reichel, Spae, Berlin, Eisen-  
bahnstrasse 4. 5420L\*

**Gasthof, Sparykett, 2 1/2 Mark,**  
Wohlfahrt, 2326  
26/27 Berliner-Theaterstr. 26/27.

**Reell und billig**  
kauft man in der Norddeutschen Schuh-  
fabrik von W. Hittsche, ge-  
gründet 1872, Staligerstr. 13, Gede  
Admiralstraße, am Rixdorfer Thor. \*

**Halbbarkeit garantiert!**  
Deutsch-Schuh-  
Amerik.  
Fabrik.  
Haltbarkeit garantiert!  
57602\*

**Größe**  
der  
Niederlage  
Staligerstr. 62  
Gede  
Wangel u. Vöbenerstr.  
bei  
Amandus Wronkow.  
57602\*



